

TEXTE

93/2017

Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierungsansätze zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung

Diskurs „Zeit und Zeitpolitik“

TEXTE 93/2017

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3713 11 100
UBA-FB 002520/ANH,3

Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierungsansätze zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung

Diskurs „Zeit und Zeitpolitik“

von

Valentin Tappeser, Daniel Weiss, Walter Kahlenborn
adelphi, Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

adelphi research gGmbH
Alt-Moabit 91
14193 Berlin

Abschlussdatum:

September 2016

Redaktion:

Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien,
Ressourcenschonung
Dr. Alexandra Lindenthal

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4359

Dessau-Roßlau, November 2017

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl 3713 11 100 finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Der Zweck des vorliegenden Papiers ist es, die Relevanz des Komplexes „Zeit und Zeitpolitik“ für das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung (LNE) der Bundesregierung zu analysieren. Das LNE ist maßgeblich geprägt durch den Rioprozess der 1990er-Jahre und wurde 2002 mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Form gegossen. Während die vier Leitlinien „Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Internationale Verantwortung“ noch heute gelten, hat sich der Diskurs zur Nachhaltigkeit – vor dem Hintergrund aktueller wirtschaftlicher, sozialer und technologischer Herausforderungen sowie weiterhin persistenter Umweltprobleme – weiterentwickelt und ausdifferenziert.

Nachhaltigkeit beinhaltet auch im Kontext des LNE eine explizite, temporale Dimension. Im Sinne eines Generationenvertrages soll die langfristige Entwicklung so gestaltet werden, dass die Bedürfnisse heutiger Generationen mit den Lebenschancen künftiger Generationen in Einklang gebracht werden (Bundesregierung 2002a, S. 1). Zwar wird der Faktor Zeit als Gestaltungsfeld und Prozessvariable im Sinne von Zeitpolitik inzwischen vermehrt im Kontext von Nachhaltigkeit diskutiert (vgl. Reisch und Bietz 2014). Jedoch spiegelt er sich im LNE sowie in der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (2008b; 2012a) bislang nur am Rande wider. Die Diskussionen über die Rolle von Zeit als Variable gesellschaftlicher Entwicklungs- und Gestaltungsprozesse sind vielfältig. Zugleich verteilen sie sich über verschiedene Politik- und Gesellschaftsbereiche. Ein gesamtgesellschaftlich geteiltes Verständnis der Rolle und des möglichen Reformbedarfs von Zeitinstitutionen im Kontext von Nachhaltigkeit besteht bisher kaum. Um etwas mehr Klarheit in die Debatte zu bringen, soll die folgende Analyse Chancen und Risiken des Diskurses um Zeit und Zeitpolitik beleuchten, um das Leitbild nachhaltige Entwicklung im bundesdeutschen Kontext fortzuentwickeln.

Abstract

The purpose of this paper is to analyse the relevance of the "time and time politics" complex for the German Government's sustainable development model (LNE). The LNE was decisively shaped by the Rio process of the 1990s and took the form of the national sustainability strategy in 2002. While the four guiding principles of "generational justice", "quality of life", "social cohesion" and "international responsibility" are still valid today, the discourse on sustainability has continued to evolve and become more differentiated against the background of current economic, social and technological challenges as well as persistent environmental problems.

Sustainability also includes an explicit, temporal dimension in the context of the LNE. In the sense of a generational contract, long-term development is to be approached in such a way that the needs of today's generations be reconciled with the life chances of future generations (Bundesregierung 2002a, p. 1). Time as a factor in the field of design and as a process variable for time policy is indeed being increasingly discussed in the context of sustainability (see Reisch und Bietz 2014). However, it is thus far only marginally reflected in the LNE and the Federal Government's sustainability strategy (2008b; 2012a). Discussions about the role of time as a variable in social development and design processes are manifold. At the same time, they are spread across various political and social spheres. A shared societal understanding of the role and possible need for reform of time institutions in the context of sustainability has so far been scarce. In order to bring more clarity to the debate, the following analysis aims to illuminate the opportunities and risks of the discourse on time and time politics in order to develop the model of sustainable development in the German context further.

Abbildungsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis	6
Abkürzungsverzeichnis	7
Zusammenfassung.....	8
Summary.....	12
Einleitung.....	16
1 Methodische Vorgehensweise	16
1.1 Theoretische Vorüberlegungen	16
1.2 Dokumentenauswahl.....	17
1.3 Dokumentenanalyse.....	18
2 Diskursgenese.....	19
3 Wesentliche Akteure, Perspektiven und Diskurskoalitionen	21
3.1 Wissenschaft.....	21
3.2 Politik	27
3.3 Gesellschaft.....	29
3.4 Wirtschaft	32
4 Zentrale und angrenzende Elemente des Diskurses im Kontext von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik	33
4.1 Entschleunigung.....	33
4.2 Effizienz	34
4.3 Koordination und Synchronisation	34
4.4 Langfristigkeit und Futurisierung.....	35
5 Verbindungen zu anderen Diskursen	36
5.1 Postwachstum.....	36
5.2 Gutes Leben und alternative Wohlfahrtsindikatoren.....	37
6 Schlussfolgerungen im Hinblick auf das Leitbild Nachhaltige Entwicklung.....	38
6.1 Chancen	38
6.2 Risiken.....	41
7 Anhang.....	41
7.1 Analyseraster	41
7.2 Übersicht zur Dokumentenanalyse nach Akteursfeldern.....	43
8 Literaturverzeichnis	44

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: : Identifizierte Publikationen im Bereich „Politik“ (n=226), aufgeschlüsselt nach thematischem Fokus und Publikationsdatum	27
Abbildung 2: Verteilung identifizierter Publikationen der großen Parteien, die Zeitpolitik erwähnen (n=86)	29
Abbildung 3: Identifizierte Artikel in Leitmedien Spiegel Online, Zeit Online, FAZ, Süddeutsche, BILD, Tagesspiegel), die den Begriff „Zeitpolitik“ enthalten, aufgeschlüsselt nach thematischem Fokus (n=66).	31

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht zur Dokumentenauswahl der strukturierten Volltextsuche nach Arena	18
--	----

Abkürzungsverzeichnis

AP	Arbeitspaket
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMVg	Bundesministerium für Verteidigung
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGfZP	Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik
DifU	Deutsches Institut für Urbanistik
DKKV	Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
EUREXCTER	Verbundprojekt „Excellence Territoriale en Europe“
HWP	Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik
LNE	Leitbild Nachhaltige Entwicklung
OWG	Open Working Group on Sustainable Development Goals
PGs	Planetare Grenzen
SDGs	Sustainable Development Goals
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen

Zusammenfassung

Der Zweck des vorliegenden Papiers ist es, die Relevanz des Komplexes „Zeit und Zeitpolitik“ für das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung (LNE) der Bundesregierung zu analysieren.

Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen orientiert sich an der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer (2003). Das diesem Ansatz zugrunde liegende Diskursverständnis beruht auf einer konstruktivistischen Perspektive und lässt sich als „Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien durch das ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird und welches durch ein bestimmtes, identifizierbares Set von Praktiken produziert und reproduziert wird“ (Hajer 2003, S. 273) beschreiben. Die einzelnen Dokumente wurden in einem mehrstufigen Prozess gesammelt und sortiert, um eine möglichst umfassende und zugleich relevante Datengrundlage zu erhalten.

Diskursgenese

Die Nutzung des Begriffs „Zeitpolitik“ lässt sich auf erste Erwähnungen im 19. Jahrhundert zurückführen. Damals war vielfach – angesichts der damals gängigen, vom Fortschrittsgedanken geprägten Betonung des sich von der Vergangenheit abgrenzenden Zeitgenössischen – die tagesaktuelle Politik gemeint (Marbach 1834 spricht hier von Zeitpolitik als Zeitungspolitik im Sinne einer von kurzlebigen Themen geprägten Diskussion). Befeuert durch das Gefühl extremer Beschleunigung infolge der rasanten Entwicklung des Internets, der Intensivierung von Globalisierung und der Entgrenzung verschiedenster Lebensbereiche, entwickelte sich die Frage und Problematik von Zeit während der letzten 20 Jahre zu einem gesellschaftlichen Modethema. Im Oktober 2002 wurden verschiedene Stränge politikrelevanter Zeitforschung, auf die im Folgenden weiter eingegangen wird, in der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik zusammengeführt. Sie fungiert seither als Sprachrohr für eine verstärkte Beschäftigung mit diesem Thema. Eine ernsthafte politische Auseinandersetzung ist in der Bundespolitik seit 2006 vor allem in der Familienpolitik sichtbar. So greifen der siebte und achte Familienbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2006, 2012) das Thema unter dem Label Familienzeitpolitik prominent auf. Auch die Grünen (Bündnis 90/Die Grünen 2014) setzen mit ihrem Konzept der grünen Zeitpolitik verstärkt auf eine zeitpolitische Betrachtung von Wohlfahrts- und Arbeitszeitpolitik. Spätestens seit 2011, als sich die jüngere Lebensqualitäts- und Transformationsdebatte intensiviert (vgl. u. a. WBGU 2011), befassen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Diskusträger mit zeitpolitischen Themen.

Wesentliche Akteure, Storylines und Diskurskoalitionen

Die Bedeutung der Wissenschaft für den aktuellen, zeitpolitischen Diskurs ist nicht zu unterschätzen. So stammen viele Protagonisten zeitpolitischer Initiativen und Diskussionen aus der Wissenschaft. Auch die Begründungen und Herleitungen einer geforderten, zeitpolitischen Wende berufen sich verstärkt auf akademische Quellen. Die Bandbreite an disziplinären Bezügen ist hierbei sehr vielfältig. Temporale Aspekte ziehen sich durch praktisch alle Wissenschaftsbereiche. Dabei ist zu unterscheiden zwischen (1) Grundlagendisziplinen, die als Erklärungshintergrund für unser Zeitverständnis fungieren und wesentliche Begrifflichkeiten im Kontext von Zeitpolitik prägen, (2) sozialwissenschaftlicher Forschung, die sich mit verschiedenen Aspekten von Zeit in Politik und Gesellschaft beschäftigt, sowie (3) interdisziplinärer Zeit(politik)forschung, die sich explizit und disziplinübergreifend mit Fragen von Zeitpolitik befasst.

Während die Wissenschaft ein breites Spektrum zeitpolitischer Perspektiven und Zugänge entwickelte, konzentriert sich die bundes- und meist auch die lokalpolitische Debatte auf die Familienzeitpolitik. Die parteipolitische Diskussion ist etwas vielfältiger. Vor allem SPD und Grüne führen hierzu eine ausgeprägte Debatte.

Die gesellschaftliche Debatte zu Zeitfragen hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Mit wachsender Entgrenzung der Arbeit – weg von der Logik der Stechuhr hin zu einer stärkeren Leistungsorientierung, symbolisiert durch Vertrauensarbeitszeit und die Herausbildung vielfältiger, stärker individuell geprägter (Arbeits-)zeitregime, – haben die Gewerkschaften an Einfluss verloren. Die Kirchen sind als Zeittaktgeber zwar latent noch existent, spielen aber eine ständig geringere Rolle. Gesellschaftliche Akteure von Zeitpolitik sind zunehmend die Individuen selbst, was sich auch in der Diskurslandschaft widerspiegelt. In den Medien sind Themen wie Stress und Zeitmanagement schon seit Längerem en vogue. Entschleunigung, Zeitwohlstand und individuelle Arbeitszeitreduktion treten durch Lifestylemagazine wie „Oak“, „Cereal“, „Escape“ oder „Weekender“, die vor allem ein jüngeres Publikum ansprechen, thematisch immer mehr hinzu.

Die Wirtschaftspresse greift das Thema „Zeitpolitik“ – zumindest unter dieser Begrifflichkeit – kaum auf. Insgesamt wurden sieben Artikel identifiziert, die sich mit den Themen „Familienzeitpolitik“, „Zeitumstellung“ und „Frauenquote“ befassen. Gleiches gilt für die großen Arbeitgeberverbände. Gleichwohl haben zeitpolitische Themen in der Wirtschaft in Form von Arbeitszeitgestaltung eine lange Geschichte. Die Entwicklung der 5-Tage- sowie der 40-Stunden-Woche ist eng verknüpft mit der Herausbildung der Rhythmen industrieller Produktion.

Zentrale und angrenzende Elemente des Diskurses im Kontext von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Die zeitpolitische Diskussion ist vielfältig und von einer Plethora unterschiedlicher Zielsetzungen und Interessen geprägt. Die obige, akteurszentrierte Analyse mit Fokus auf den Begriff „Zeitpolitik“ ist – aufgrund der aktuellen Diskursstruktur – vor allem durch die Themen „Familienzeitpolitik“, „Arbeitszeitpolitik“ und „Lokale Zeitpolitik“ dominiert. Dagegen geht es im Folgenden darum, besonders relevante Aspekte der zeitpolitischen Diskussion für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik hervorzuheben und zu diskutieren. Das Papier greift Verbindungen auf zu „Entschleunigung“, „Effizienz“, „Koordination und Synchronisation“ sowie „Langfristorientierung und Futurisierung“.

Verbindungen zu anderen Diskursen

Die Diskurse zu Zeitpolitik beziehen sich, gerade aufgrund ihres Querschnittscharakters, auf eine Vielzahl verschiedener Themengebiete. Würden diese hier alle ausführlich abgehandelt, würde es den Rahmen des Papiers sprengen. Die vorliegende Publikation konzentriert sich daher auf die Debatten zu den Themen „Postwachstum“ sowie „Gutes Leben und alternative Wohlfahrtsindikatoren“ als zwei besonders relevante Verbindungen.

- ▶ **Postwachstum:** In den letzten Jahren hat das Thema „Postwachstum“ national und international stark an Bedeutung gewonnen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass den vielfältigen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Krisen – zumindest in der westlichen Welt – nicht durch weiteres Wachstum zu begegnen sei, sondern dass das Wachstum selbst zunehmend Teil des Problems sei, hat sich der Diskurs dazu in den sozialen Bewegungen etabliert (Brand 2015). Bei der Debatte geht es vor allem um die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer materialintensiven, von großen Einkommensunterschieden geprägten Wirtschaft. Zudem befasst sie sich mit den Folgen einer Krisenpolitik, die den Erhalt und die Wiederherstellung von Wachstum als oberste Priorität anstrebt. Hinzu kommen zeitbezogene Probleme wie Stress und Burnout (ebd.), die durch einen beschleunigten und auf immer mehr Beschleunigung ausgelegten „Turbokapitalismus“ (Reheis 2009) entstehen.
- ▶ **Gutes Leben und alternative Wohlfahrtsindikatoren:** Ein weiterer wichtiger Bezug ist der vielschichtige Diskurs zum guten Leben. Er befasst sich mit den Determinanten von Lebensqualität, die über materiellen Wohlstand hinausgehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich ein „gutes Leben“ gesamtgesellschaftlich definieren lässt und welche Indikatoren dies – alternativ oder gemeinsam mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) – abbilden können. Die Pluralität von Lebensentwürfen und die Frage, wie sich die gesamtgesellschaftliche Konzeption

eines guten Lebens mit den liberalen Grundsätzen unserer Gesellschaft vereinbaren lässt, führen zu einer schwierigen Ausgangslage. Ein Ansatz, um dieser Schwierigkeit gerecht zu werden, besteht darin, sich mit den ganz allgemeinen Rahmenbedingungen von Wohlfahrt zu befassen. Dies wird bereits bei aggregierten, als BIP-Ersatz konzipierten Indikatoren, die Faktoren wie Umwelt, Gesundheit und unbezahlte Arbeit in das BIP einpreisen, versucht. Dazu zählen der „Index of Sustainable Economic Welfare“, der „Genuine Progress Indicator“ (Lawn 2003) oder der „Nationale Wohlfahrtsindex“ (Zieschank und Diefenbacher 2012). Dashboardlösungen – wie die Indikatorik der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie oder der Ansatz der Enquete-Kommission des Bundestags „Wachstum-Wohlstand-Lebensqualität“ (Bundestag 2013) – werden ebenfalls diskutiert und angewandt. Populär sind zudem Ansätze, das subjektive Glück im Sinne eines Bruttonationalglücks zu messen.

Schlussfolgerungen im Hinblick auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung

Chancen

- ▶ Gemeinsame Basis:
 1. **Themen der Zeitpolitik bieten individuelle Anknüpfungspunkte, die traditionelle und progressive Gesellschaftsgruppen verbinden:** Der Diskurs zu Zeitpolitik wird verstärkt aus Wissenschaft und Politik heraus betrieben. Er bietet über die Themen „Zeitwohlstand“ und „Entschleunigung“ vielfältige persönliche Anknüpfungspunkte, mit denen sich die Menschen identifizieren können.
 2. **Probleme der Industriegesellschaft als gemeinsamer Ausgangspunkt:** Ebenso wie das LNE fußt der Diskurs zu Zeitpolitik auf der Kritik an Problemen der Industriegesellschaft. Die enge Verknüpfung beider Problemhintergründe könnte eine Grundlage bieten, um die Diskurse zu Zeitpolitik und Nachhaltigkeit/LNE enger miteinander zu verknüpfen.
- ▶ Prozessuale Dimension:
 1. **Zeitpolitik kann systemische Perspektive fördern:** Gerade die wissenschaftliche Beschäftigung mit gesellschaftlichen Zeitproblemen verdeutlicht deren systemischen Charakter. Eine integrierte und systemische Perspektive auf Zeitpolitik, wie sie besonders im Kontext lokaler Zeitpolitik und dem Diskurs zur Ökologie der Zeit sowie zur sozialökologischen Zeitpolitik zu beobachten ist, könnte dazu beitragen über die reine Zeitpolitik hinaus eine systemische Denkweise zu fördern.
 2. **Zeitpolitik kann längerfristiges Denken in der Politik fördern:** Die Debatte zu Zeitpolitik integriert neben ihrer inhaltlichen Dimension – vor allem über den Diskursstrang zu sozialökologischer Zeitpolitik – zunehmend auch Fragen der zeitlichen Aspekte und Perspektiven innerhalb des Politikprozesses.
 3. **Zeitpolitik kann eine differenzierte Sicht auf Effizienz stärken:** Da sich der Effizienzgedanke in der Zeitpolitik in einem ähnlichen Spannungsverhältnis befindet wie in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, kann Zeitpolitik auch in anderen Politikbereichen erheblich zu einem differenzierten Verständnis von Effizienz beitragen.
 4. **Zeitpolitik kann Experimentierräume für neue Formen der Partizipation schaffen:** Zeitpolitik hat – besonders bei ihrem Fokus auf der lokalen Ebene – einen deutlichen, basisdemokratischen Anspruch. Denn beim Aufbau von Zeitbüros und beim Aushandeln von Zeitkonflikten geht es auch um eine verstärkte Beteiligung der betroffenen Anspruchsgruppen.
- ▶ Zieldimension:
 1. **Entschleunigung kann Suffizienz attraktiver machen:** Der Diskurs zu Zeitpolitik kreist in vielerlei Hinsicht um den Begriff der Entschleunigung. Sowohl eher wach-

tumskritische als auch weniger explizite Diskurslinien heben die Bedeutung angepasster Zeitrhythmen sowie der Mehrung von Muße und Zeitwohlstand hervor. Zugleich transportiert der Begriff der Entschleunigung, etwas vereinfacht, ein „weniger ist mehr“, ohne dabei Konnotationen von Aufopferung und Verzicht hervorzurufen.

2. **Bezug zum guten Leben kann eine andere Sicht auf Wohlstand fördern:** Die enge Verknüpfung der Diskurse zu Zeitpolitik und Zeitwohlstand sowie über das gute Leben erlaubt es, mit der Diskussion über alternative Formen und Verständnisse von Wohlstand in neue Bereiche und Gesellschaftsschichten vorzudringen.
3. **Zeitpolitik kann Umweltthemen stärken:** Obgleich vielfach noch nicht explizit in die Diskussion integriert, bietet die zeitpolitische Agenda interessante Ansätze, um Umweltthemen zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bezüge zwischen den Systemzeiten ökologischer Prozesse und gesellschaftlichen Zeitstrukturen, die verstärkt über den Diskurs zur Ökologie der Zeit thematisiert werden.

Risiken

- ▶ **Mögliche Fokussierung auf das Individuum kann zu erhöhtem Ressourcenverbrauch führen:** Zwar kann eine verbesserte Koordination verschiedener Zeitnutzungsstrukturen Ressourcenverbräuche reduzieren. Jedoch besteht auch eine gewisse Gefahr, dass der Fokus auf individuelle Zeitautonomie sowie das Ermöglichen maximaler Freiheit bezüglich individueller Zeitnutzungsentscheidungen den Ressourcenverbrauch erhöhen.
- ▶ **Entschleunigung an der falschen Stelle kann die Lösung von Problemen bremsen:** Zwar handelt es sich hierbei eher um eine ungewollte Nebenerscheinung eines nachhaltigkeitsaffinen Themas. Dennoch könnte die Popularisierung des Entschleunigungsdiskurses bewirken, dass wichtige gesellschaftliche Veränderungen – und sogar eine nachhaltige Entwicklung – gebremst werden.
- ▶ **Fokus auf Synchronisationsfragen könnte Kurzfristigkeitsdenken fördern:** Den zeitpolitischen Diskurs dominieren Synchronisations- und Koordinationsfragen für eher kurze Zeiträume. Eine verstärkte Beschäftigung mit diesen Fragen könnte somit dazu führen, dass längerfristige Prozesse und Probleme vernachlässigt werden und die – für umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Aspekte des LNE so wichtige – Langfristperspektive aus dem Blick gerät.

Summary

The purpose of this paper is to analyse the relevance of the "time and time politics" complex to the German Government's model of sustainable development (LNE).

Methodology

The methodological approach is based on Hajer's argumentative discourse analysis (2003). The understanding of discourse underlying this approach is based on a constructivist perspective and can be described as an "ensemble of ideas, concepts and categories via which a phenomenon is assigned meaning and which is produced and reproduced by a particular, identifiable set of practices" (Hajer 2003, P. 273). The individual documents were collected and sorted in a multi-stage process in order to obtain an as comprehensive as possible and relevant data base.

Discursive aetiology

The use of the term "Zeitpolitik" ("time politics") can be traced back to its first mentions in the nineteenth century. At that time, it was often used to refer to current politics, in the face of the at the time common emphasis on progressive thought delineated from the past (Marbach, speaking in 1834, referred here to "Zeitpolitik" as newspaper politics in the sense of a discussion shaped by short-lived topics). Fired by the feeling of extreme acceleration as a result of the rapid development of the Internet, the intensification of globalisation and the marginalisation of different areas of life, the question and problematic of time has developed into a socially trendy topic over the last 20 years. In October 2002, various strands of policy-relevant time research, which are discussed in more detail below, were brought together in the Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (German Society for Time Policy). Since then, it has acted as a platform calling for increased attention to the topic. Serious political engagement with the topic has been visible in federal policy since 2006, primarily in the field of family policy. For example, the Federal Government's seventh and eighth Family Reports (BMFSFJ 2006, 2012) prominently took up the topic under the label of family time policy. The Greens (Bündnis 90 / Die Grünen 2014) have been increasingly emphasising in their concept of green time policy a time-policy view of welfare and working time policy. Since 2011 at the latest, when the recent life quality and transformation debate intensified (see, for example, WBGU 2011), numerous civil society stakeholders have begun dealing with time-political topics.

Key actors, storylines and discursive coalitions

The importance of academia for contemporary political discourse is not to be underestimated. Many protagonists of time-oriented initiatives and discussions come from academia. The justifications and implications of the time-political reversal being promoted are increasingly based on academic sources. The range of disciplinary references is very diverse. Temporal aspects extend through virtually all scientific disciplines. A distinction must be drawn between (1) fundamental disciplines, which serve as an explanatory background for our understanding of time, and which define key concepts in the context of time politics, (2) social science research dealing with various aspects of time in politics and society, and (3) interdisciplinary time (politics) research, which deals explicitly and inter-disciplinarily with questions of time politics.

While academia has developed a broad spectrum of time-political perspectives and approaches, federal and local political debates have mostly concentrated on family time politics. The party-political discussion is somewhat more diverse. In particular, the SPD and the Greens have been carrying on prominent debates on the topic.

The societal debate on questions of time has developed strongly in recent years. The unions have lost influence as the boundaries between work and free time have become more blurred - away from the logic of the time stamp clock to a stronger performance orientation, symbolised by working hours

based on the honour system and the formation of diverse, more individualised (working) time regimes. Although the churches still play a latent role in the setting of time regimes, their role is diminishing. Individuals themselves are increasingly becoming the actors in time politics, which is also reflected in the discursive landscape. In the media, topics such as stress and time management have long been en vogue. Deceleration, time-saving, and individual reductions in working hours are becoming more and more topically prominent via lifestyle magazines such as "Oak", "Cereal", "Escape" or "Weekender", which appeal primarily to a younger audience.

Business publications have barely engaged with the topic of "time politics" - at least under the banner of this concept. A total of seven articles were identified dealing with the topics "family time policy", "time change" and "women's quota". The same is true of the large employers' associations. At the same time, time-political topics in the form of working time have a long history in business. The development of the 5-day and 40-hour week is closely linked with the development of the rhythms of industrial production.

Central and ancillary elements of discourse in the context of environmental and sustainability policy

The time politics discussion is diverse and characterised by a plethora of different objectives and interests. The preceding analysis, centred on actors and with a focus on the concept of "time policy", is primarily dominated by the topics "family time policy", "working time policy" and "local time policy", due to the current discursive structure. In contrast, the following focuses on highlighting and discussing aspects of time politics discourse especially relevant to environmental and sustainability policy. The paper picks up on connections between "deceleration", "efficiency", "coordination and synchronization", and "long-term orientation and futurization".

Connections to other discourses

The discourses on time politics refer to a variety of different topics, precisely because of their cross-sectional nature. It would go beyond the scope of the paper to discuss them all in detail here. This publication therefore focuses on the debates on "post-growth" as well as "good life and alternative welfare indicators" as two particularly relevant connections.

► **Post-growth:** Over the last few years, the topic of "post-growth" has gained importance both nationally and internationally. The discourse on the topic has taken root within social movements, strengthened by the realisation that the various economic, ecological and social crises - at least in the Western world - cannot be countered by further growth, but that growth itself is increasingly part of the problem (Brand 2015). The debate focuses on the environmental and social impacts of a material-intensive economy characterised by large differences in income. It also deals with the consequences of a crisis politics that strives to maintain and restore growth as a top priority. In addition, there are time-related problems such as stress and burnout (ibid.) caused by an accelerated "turbo-capitalism" (Reheis 2009) that is ever more focussed on acceleration.

► **Good Life and Alternative Welfare Indicators:** Another important aspect is the multi-layered discourse on what constitutes "the good life". It deals with the determinants of quality of life that go beyond material prosperity. The focus is on the question of how a "good life" can be defined by society as a whole and which indicators can, alternatively or together with the gross domestic product (GDP), be used to represent this. The plurality of visions people have for their lives and the question of how the overall social conception of a good life can be reconciled with the liberal principles underlying our society lead to a difficult starting point. One approach to facing down this difficulty is to engage with the very general framework conditions for welfare. This is already being attempted in aggregated indica-

tors, designed as replacements for GDP, which include factors such as the environment, health and unpaid labour into GDP. These include the "Index of Sustainable Economic Welfare", the "Genuine Progress Indicator" (Lawn 2003) and the "National Welfare Index" (Zieschank und Diefenbacher 2012). Dashboard solutions - such as the indicator strategy taken by the German sustainability strategy or the approach of the Bundestag Committee of Enquiry on "Growth-Prosperity-Quality of Life" (Bundestag 2013) - are also being discussed and applied. Also popular are approaches to measuring subjective happiness as gross national happiness.

Conclusions with a view to the LNE

Opportunities

► Common basis:

1. Time politics topics offer individual connecting points, which connect traditional and progressive social groups: The discourse on time politics is being increasingly driven forward by the spheres of academia and politics. Through the topics of "time prosperity" and "deceleration", it offers a wide range of personal connections people can identify with.

2. Problems of industrial society as a common starting point: Like the LNE, the discourse on time politics is based on a criticism of the problems of industrial society. The close linkage of both problem bases could provide a foundation for more closely linking the discourses on time politics and sustainability/LNE.

► Process-related dimension:

1. Time politics can promote systemic perspectives: academic work on social time problems illustrates their systemic character. An integrated and systemic perspective on time politics, as can especially be observed in the context of local time politics, the discourse on the ecology of time and on socio-ecological time politics, could help to promote systemic thinking beyond mere time politics.

2. Time politics can promote longer-term thinking in politics: In addition to its content-related dimension – especially in the discourse on social-ecological time policy - the debate on time politics is increasingly integrating questions of temporal aspects and perspectives within the policy process.

3. Time politics can strengthen a differentiated view of efficiency: since thinking on efficiency occupies a similarly charged position within time politics as it does within environmental and sustainability policy, time politics can contribute significantly to a differentiated understanding of efficiency in other policy areas, as well.

4. Time politics can create experimental spaces for new forms of participation: Time politics has a clear, grassroots democratic aspiration - especially with its focus on the local level. The establishment of time offices and the negotiation of time conflicts are, after all, also about the increased involvement of the groups concerned.

► Target dimension:

1. Deceleration can make sufficiency more attractive: the discourse on time politics revolves around the concept of deceleration in many respects. Both growth-critical and less explicit lines of discourse emphasise the importance of adapted time rhythms and increases in

leisure time and time prosperity. At the same time, the concept of deceleration, somewhat simplified, transports a "less is more" message, without producing connotations of sacrifice and doing without.

2. Connection to “the good life” can promote a different view of prosperity: the close connection between time politics and time prosperity discourses, as well as those on “the good life”, allows us to penetrate new areas and layers of society by discussing alternative forms and understandings of prosperity.

3. Time politics can strengthen environmental issues: Although the topic has not yet been explicitly integrated into the discussion, the time politics agenda offers interesting approaches for promoting environmental topics. The focus here is on the relationships between the system times of ecological processes and social time structures, which are being discussed more intensively within the discourse on the ecology of time.

Risks

► **Possible focus on the individual can lead to increased resource consumption:** Improved coordination of different time-utilization structures may be able to reduce resource consumption. However, there is also a certain risk that a focus on individual time autonomy and freedom in time-use decision-making might increase resource consumption.

► **Deceleration in the wrong place can slow down the solving of problems:** This is admittedly rather an unintended side-issue of a topic of sustainability. Nevertheless, the popularization of the deceleration discourse could cause important social changes - and even sustainable development - to be halted.

► **Focus on synchronization questions could foster short-term thinking:** Synchronization and coordination questions for rather short periods of time dominate the time politics discourse. Increased engagement with these questions could lead to longer-term processes and problems being neglected and the long-term perspective, which is so important for environmental and sustainability policy aspects of the LNE, sliding out of view.

Einleitung

Der Zweck des vorliegenden Papiers ist es, die Relevanz des Komplexes „Zeit und Zeitpolitik“ für das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ (LNE) der Bundesregierung zu analysieren. Das LNE ist maßgeblich geprägt durch den Rioprozess der 1990er-Jahre und wurde 2002 mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Form gegossen. Während die vier Leitlinien „Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Internationale Verantwortung“ noch heute gelten, hat sich der Diskurs zur Nachhaltigkeit – vor dem Hintergrund aktueller wirtschaftlicher, sozialer und technologischer Herausforderungen sowie weiterhin persistenter Umweltprobleme – weiterentwickelt und ausdifferenziert.

Nachhaltigkeit beinhaltet auch im Kontext des LNE eine explizite, temporale Dimension. Im Sinne eines Generationenvertrages soll die langfristige Entwicklung so gestaltet werden, dass die Bedürfnisse heutiger Generationen mit den Lebenschancen künftiger Generationen in Einklang gebracht werden (Bundesregierung 2002a, S. 1). Zwar wird der Faktor Zeit als Gestaltungsfeld und Prozessvariable im Sinne von Zeitpolitik inzwischen vermehrt im Kontext von Nachhaltigkeit diskutiert (vgl. Reisch und Bietz 2014). Jedoch spiegelt er sich im LNE sowie in der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (2008b; 2012a) bislang nur am Rande wider. Die Diskussionen über die Rolle von Zeit als Variable gesellschaftlicher Entwicklungs- und Gestaltungsprozesse sind vielfältig. Zugleich verteilen sie sich über verschiedene Politik- und Gesellschaftsbereiche. Ein gesamtgesellschaftlich geteiltes Verständnis der Rolle und des möglichen Reformbedarfs von Zeitinstitutionen im Kontext von Nachhaltigkeit besteht bisher kaum. Um etwas mehr Klarheit in die Debatte zu bringen, soll die folgende Analyse Chancen und Risiken des Diskurses um Zeit und Zeitpolitik beleuchten, um das Leitbild nachhaltige Entwicklung im bundesdeutschen Kontext fortzuentwickeln.

Aufgrund der Vielzahl möglicher Zugänge zum Thema „Zeit“ – als einem der häufigsten Wörter der deutschen Sprache (Duden 2015) – ist eine solche Analyse naturgemäß nur ausschnitthaft zu bewerkstelligen. Sie fokussiert daher auf den Diskurs zur Zeitpolitik. Von hier aus trachtet sie danach, Verbindungen zu relevanten Paralleldiskursen und zeitlichen Aspekten der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik zu schlagen.

Die Betrachtung teilt sich in sieben Kapitel. Kapitel 2 erläutert in aller Kürze die methodische Vorgehensweise bezüglich der theoretischen Grundüberlegungen, der Auswahl des Dokumentenkorpus sowie des konkreten Analyseverfahrens. Kapitel 3 umreißt die Entwicklung des Diskurses um Zeitpolitik von seinen Anfängen bis heute. Kapitel 4 widmet sich dann einer eingehenderen Analyse der einzelnen Akteure, unterteilt nach „Wissenschaft“, „Politik“, „Gesellschaft“ und „Wirtschaft“. Kapitel 5 vertieft zentrale Elemente des Diskurses im Hinblick auf Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Kapitel 6 beleuchtet Verbindungen zu wichtigen Paralleldebatten und Kapitel 7 zieht Schlussfolgerungen bezüglich der Chancen und Risiken des Diskurses für eine Weiterentwicklung des LNE.

1 Methodische Vorgehensweise

1.1 Theoretische Vorüberlegungen

Das methodische Vorgehen orientiert sich an der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer (2003). Das diesem Ansatz zugrunde liegende Diskursverständnis beruht auf einer konstruktivistischen Perspektive und lässt sich als „Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien durch das ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird und welches durch ein bestimmtes, identifizierbares Set von Praktiken produziert und reproduziert wird“ (Hajer 2003, S. 273) beschreiben. Als strukturierte und strukturierende Struktur im Sinne von Foucault (hier im Rückbezug auf Bourdieus Konzept des Habitus, siehe dazu Keller 2007) wird der Diskurs auch als Ausdruck von Machtstrukturen verstanden, die unsere Wahrnehmung von Realität über die unterschiedliche Legitimation verschiedener Sprecherpositionen strukturieren.

Zugleich fokussiert die argumentative Diskursanalyse auf die dialektisch-prozesshafte Natur von Diskurslinien und damit verbundenen Akteurskonstellationen. Um die wesentlichen Triebkräfte und Konfliktlinien des Diskurses zu identifizieren, werden, soweit möglich, Diskurskoalitionen – also Gruppen von Akteuren, die sich jeweils unterschiedlicher Perspektiven oder Storylines bedienen – herausgearbeitet. Neben der Strukturierung des Diskurses vereinfacht dieser Ansatz auch eine Identifikation inhaltlicher Anknüpfungspunkte an Paralleldiskurse, den politischen Prozess und das LNE.

Das Analyseraster basiert zum einen auf der diskursanalytischen Perspektive sowie zum anderen auf den Forschungsfragen, die diesem Papier zugrunde liegen. Zentrale Kriterien sind dabei: Allgemeine Einordnung, Akteure und Akteurskoalitionen, Storylines sowie Bezüge zur politischen Ordnung (siehe Anhang). Gemeinsam bilden sie einen Orientierungsrahmen für die weiteren Ausführungen. Um Lesbarkeit und Kohärenz zu wahren, sind einige Subkategorien der Analyse nicht explizit in der Struktur des Papiers verankert, sondern in die Diskussion einzelner Themenfelder integriert.

1.2 Dokumentenauswahl

Die einzelnen Dokumente wurden in einem mehrstufigen Prozess gesammelt und sortiert, um eine möglichst umfassende und zugleich relevante Datengrundlage zu erhalten. Die Dokumentenauswahl stand zwar am Anfang des Bearbeitungszeitraums. Sie wurde aber im Sinne einer iterativen Analyse (Silverman 2010) über den gesamten Prozessverlauf durch Literaturrecherchen ergänzt, um neue Erkenntnisse bestmöglich zu kontextualisieren, neue, im Analyseprozess identifizierte Akteure aufzunehmen und bestehende Informationslücken zu schließen.

1. Strukturierte Volltextsuche in verschiedenen Medien und Datenbanken

In einem ersten Schritt fand in verschiedenen deutschsprachigen Datenbanken eine Volltextsuche statt. Sie bezog sich auf die Akteursfelder „Politik“, „Gesellschaft“ (inklusive Medien) und „Wirtschaft“ (siehe Tabelle 1 für eine Grobauschlüsselung, sowie eine detailliertere Auswertung im Anhang). Insgesamt wurden 299 Dokumente identifiziert, die den Begriff „Zeitpolitik“ enthalten. Sie wurden anhand eines Literaturverwaltungsprogramms katalogisiert, thematisch geordnet und anhand der Leitfragen des Analyserasters (siehe Anhang) nach Relevanz sortiert.

2. Deduktive Auswahl strategischer Politikdokumente

Zusätzlich wurden 18 zentrale Strategiepapiere der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene in den Analysekorpus aufgenommen. Sie umfassen Publikationen insbesondere zu folgenden Themen: Rio- und SDG-Prozess (UN 2012; UNSG 2014; OWG 2014), europäische Nachhaltigkeitsstrategie (Europäischer Rat 2006), europäische Umweltaktionsprogramme (Europäischer Rat und Europäisches Parlament 2002; Europäische Kommission 2014) sowie deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Bundesregierung 2002b, 2008a, 2012b, 2015a; Stigson et al. 2009; Stigson et al. 2013).

3. Ergänzende Literaturrecherche

Wie oben angedeutet, fanden während des gesamten Prozessverlaufs ergänzende Literaturrecherchen statt. Sie bezogen sich auf den Bereich „Wissenschaft“ und dienten dazu, Informationslücken zu schließen und Quellenhinweise, die sich im Analyseprozess ergaben, nachzuverfolgen. Zur Anwendung kamen dabei themenspezifische Online-Recherchen, Stichwortsuchen in wissenschaftlichen Datenbanken (u. a. BASE, ProQuest, Web of Science) sowie ein Schneeballverfahren (O'Leary 2004). Bei letzterem fungierten besonders zentrale und vielfach zitierte Papiere als Ausgangspunkt, um weitere relevante Quellen zu identifizieren.

Tabelle 1: Übersicht zur Dokumentenauswahl der strukturierten Volltextsuche nach Arena

Arena	Akteur	Anzahl
Politik	Bundesregierung	46
	Bundestag	71
	Parteien	81
	Parteistiftungen	28
Gesellschaft	Leitmedien	66
Wirtschaft	Wirtschaftspresse	7
	Branchenverbände	0

Quelle: Eigene Darstellung

1.3 Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse orientiert sich an den allgemeinen Überlegungen aus Kapitel 2.1 sowie an den Kriterien des Analyserasters (siehe Anhang). Der Prozess selbst unterteilt sich in die unten aufgeführten Schritte. Ähnlich wie zwischen Dokumentenauswahl und -analyse wurden auch hier Iterations-schleifen eingezogen. Obgleich aufeinander aufbauend, handelt es sich dabei weniger um chronologi-sche Einzelschritte. Vielmehr sind sie als ineinandergreifende Prozesselemente zu verstehen. Phasen der detaillierten Inhaltsanalyse wechselten sich mit explorativen Recherchephasen ab, um den Ein-fluss vorgefasster Überzeugungen zu relativieren und Ergebnisoffenheit zu bewahren.

Wesentliche Analyseschritte im Überblick:

1. Allgemeines Scanning des Dokumentenkörpus und explorative Recherche

Im Zentrum dieses Arbeitsschrittes stand eine erste Relevanzbewertung, jedoch keine detaillierte Erfassung und Durchsicht der einzelnen Dokumente. Im Kern ging es darum, Informationen zu zentralen Thematiken, unterschiedlichen Verständnissen von Zeit- und Zeitpolitik, Akteuren und Zusammenhängen zu sammeln. Diese wurden sodann grob analysiert. Auf diese Weise entstand ein Überblick über das Diskursfeld sowie über die Art und Weise, wie sich dieses entwickelt hat, und wer die wesentlichen Akteursgruppen sind.

2. Detailanalyse spezifischer Dokumente

Im zweiten Schritt wurden die wichtigsten Dokumente detailliert analysiert. Hierbei ging es darum, die ersten Einschätzungen aus Analyseschritt 1 zu konsolidieren sowie inhaltlich zu unter-füttern. Das Vorgehen orientierte sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Meuser und Nagel (2002). Diese sieht vor, relevante Textabschnitte zu paraphrasieren und zu codieren, um Katego-rien zu bilden sowie Perspektiven und Storylines zu erfassen. Für Teilbereiche, die noch recht wenig strukturiert sind, wurde diese Prozesskette komplett durchgespielt. Dagegen wurde bei Dis-kurslinien, die schon stärker konsolidiert sind, auf bereits vorhandene Metaanalysen und Be-schreibungen zurückgegriffen. Dies diente dazu, die Ressourcen bestmöglich zu nutzen, um sich auf die zentralen Forschungsfragen zu konzentrieren.

3. Synthese und Zusammenstellung des Ergebnispapiers im Hinblick auf Chancen und Risi-ken des Diskurses für das LNE

Bei diesem letzten Schritt ging es darum, die Analyseergebnisse hinsichtlich der Forschungsfragen und der eigentlichen Schreibe zu konsolidieren. Der Fokus lag hier zum einen auf den Chancen und Risiken des Diskurses bezüglich des LNE. Zum anderen wurden Entwicklungsperspektiven des Diskurses sowie Verbindungen zu anderen Debatten aufgegriffen.

2 Diskursgenese

Die Genese des Diskurses um Zeitpolitik beruht auf verschiedenen Strängen. Auf diese wird – über die verschiedenen Kapitel hinweg – punktuell weiter eingegangen. Das vorliegende Kapitel befasst sich mit dem Begriff „Zeitpolitik“. Dabei geht es vor allem um dessen Entwicklung im Kontext von Arbeitszeit und gesellschaftlichen Zeitstrukturen.

Die Nutzung des Begriffs „Zeitpolitik“ lässt sich auf erste Erwähnungen im 19. Jahrhundert zurückführen. Damals war vielfach – angesichts der damals gängigen, vom Fortschrittsgedanken geprägten Betonung des sich von der Vergangenheit abgrenzenden Zeitgenössischen – die tagesaktuelle Politik gemeint (Marbach 1834 spricht hier von Zeitpolitik als Zeitungspolitik im Sinne einer von kurzlebigen Themen geprägten Diskussion). Daneben lassen sich erste, dem heutigen Verständnis von Zeitpolitik sehr viel nähere Bedeutungen identifizieren. Feodor von Schmidt-Warneck beispielsweise nutzte den Begriff in seiner protozoologischen Abhandlung zur „Eigentumsfrage der Neuzeit: vom soziologischen Gesichtspunkte“ (Schmidt-Warneck 1887), in der er – im Kontext von Wohlstands- und Sozialpolitikfragen – auch die Rolle von Zeit als Wohlstandsfaktor thematisierte. Als Grundvoraussetzung dafür, dass sich das Individuum entfalten könne, benötige es ein Minimum an Eigentum in Raum und Zeit: „Im Raume ist es das eigene Heim, in der Zeit der eigene Sonntag“ (S. 64).

Die Diskussion um den arbeitsfreien Sonntag ist ein zentrales Element der Konflikte und Politikansätze zu Arbeitszeiten, die sich mit der Proliferation von Industrialisierung und Fabrikarbeit über das 19. und 20. Jahrhundert hinweg herausbildeten. Zuvor richteten sich die gesellschaftlichen Zeitstrukturen vor allem nach der landwirtschaftlichen Produktion sowie nach den Tages- und Jahresrhythmen, die durch die Haus- und Feldarbeit sowie durch die Tierzucht geprägt waren. Hinzu kamen kirchliche Zeitinstitutionen wie Gottesdienste, Sonn- und Feiertage, die den Tages-, Wochen- und Jahresablauf strukturierten. Erst die Massenerwerbsarbeit in Fabriken führte zu einem ganz neuen Zeitgefüge. Zunächst der Willkür des Arbeitgebers ausgesetzt, war Fabrikarbeit zu Beginn extrem lang und kaum durch Pausen unterbrochen (Rinderspacher 2000). Durch die gesundheitlichen Folgen von Überarbeitung mit Produktivitätseinbußen, die auch für das Militär relevant waren (Frey und Frerich 1993), sowie durch den Druck der entstehenden Gewerkschaften wurde die Arbeitszeit im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend reguliert und ein gesetzlicher Sonntagsschutz etabliert¹. Zunächst waren die Bemühungen, die Arbeitnehmer/innen vor den gesundheitlichen Folgen von Überarbeitung zu schützen, eher aus der Not geboren. Im 20. Jahrhundert entwickelten sich jedoch in der gewerkschaftlichen und öffentlichen Diskussion verschiedene Beweggründe und Diskursstränge, um die Arbeitszeiten über das gesundheitliche Minimum hinaus zu verkürzen. Hierbei ging es zum einen um das Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, was sich seit den 1920er-Jahren verstärkt zum Thema entwickelte. Zum anderen wurde – mit dem Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahre – der Gedanke, dass Arbeitnehmer/innen am gesellschaftlichen Wohlstands- und Produktivitätszuwachs auch zeitlich teilhaben sollten, populär (Rinderspacher 2000).

¹ Mit dem preußischen Regulativ von 1839 und später der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 wurde in Deutschland erstmals die Kinderarbeit eingeschränkt und auch in Hinblick auf Sonn- und Feiertage zeitlich begrenzt. Die Gewerbeordnung sprach Arbeitern zudem ein Organisationsrecht zu (Frey und Frerich 1993). Eine allgemeine, wenn auch mit zahlreichen Ausnahmen versehene, Einschränkung von Sonntags- und Wochenarbeitszeiten wurde mit der Änderung des Gewerbegesetzes im Kaiserreich im Jahr 1891 realisiert (ebd.).

Mit den gesellschaftlichen Umbrüchen der 1970er- und 1980er-Jahre, der Ölkrise, der feministischen Bewegung und dem verstärkten Eintritt von Frauen in die Erwerbstätigkeit veränderten sich die gesellschaftlichen Zeitstrukturen ein weiteres Mal drastisch. Das in der Nachkriegszeit – besonders in Deutschland allgemein akzeptierte Modell des Normalarbeitsverhältnisses (unbefristete Vollzeitstellen, soziale Absicherung und Karriere innerhalb eines Unternehmens, vgl. Mückenberger 1985) – brach unter der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik der 1980er-Jahre zunehmend zusammen. Die Zeitnutzungsstrukturen, die bis dahin noch stark entlang der Geschlechterrollen nach Erwerbs- sowie Pflege- und Hausarbeit aufgeteilt waren, brachen immer weiter auf. Als Folge wurden die Zeitstrukturen des Einzelhandels, der Kinderbetreuung sowie der Behörden zunehmend unvereinbarer mit dem Lebenswandel und der Doppelbelastung erwerbstätiger Frauen.

Diese Entwicklung führte besonders in Italien dazu, dass aus der Frauenbewegung heraus ein zeitpolitischer Diskurs entstand. Schon in den 1970er-Jahren wurden – befruchtet durch die aktive linke Arbeiterbewegung – Forderungen nach besseren Zeitstrukturen, die zu den Bedürfnissen berufstätiger Frauen passen, laut. Die feministische Bewegung brachte zahlreiche soziologische Studien über spezifisch weibliche Zeitverständnisse und -strukturen zutage. Zudem beförderte sie unter dem Label „tempi della citta“ (Zeiten der Stadt) zeitpolitische Pilotprojekte. Diese führten u. a. in Modena und Mailand zur Eröffnung kommunaler Zeitbüros (Geissler 1998). Auch wurden, größtenteils unter Federführung von Prof. Sandra Bonfiglioli am Politecnico di Milano erste Zeitkarten erarbeitet. Sie dienten dazu, urbane Zeitnutzungsrythmen (Chronomaps) zu analysieren. Zugleich prägte sich der Begriff der Chronotope – im Sinne spezifischer Zeitnutzungsstrukturen einzelner Orte oder sozialer Gefüge (Bonfiglioli 1997). Nach ersten gesetzlichen Initiativen, die Anfang der 1990er-Jahre begannen, sind italienische Großstädte seit 2000 verpflichtet, ein Zeitbüro zu unterhalten, um sich dezidiert mit temporalen Aspekten der Stadtentwicklung zu befassen.

Schon in den 1990er-Jahren breiteten sich diese Ansätze in Europa aus. So förderte unter anderem das europäische Verbundprojekt „Excellence Territoriale en Europe“ (EUREXCTER) den Erfahrungsaustausch mit Italien. Hinzu kamen erste zeitpolitische Pilotprojekte in Deutschland, Frankreich, Irland und Finnland (Mückenberger 2001). Über Finnland wurde zudem der skandinavische Ansatz, Arbeitszeiten und Kinderbetreuung im Sinne eines temporalen Wohlfahrtsstaats zu regulieren, nach Deutschland in die breitere, zeitpolitische Diskussion getragen. Zugleich entwickelte sich mit einem Projekt der evangelischen Akademie Tutzing zur Ökologie der Zeit ein Diskurs zur Rolle von Zeit in der sozial-ökologischen Forschung. Dies wiederum ließ Forderungen nach einer sozial-ökologischen Zeitpolitik laut werden.

Befeuert durch das Gefühl extremer Beschleunigung infolge der rasanten Entwicklung des Internets, der Intensivierung von Globalisierung und der Entgrenzung verschiedenster Lebensbereiche, entwickelte sich die Frage und Problematik von Zeit während der letzten 20 Jahre zu einem gesellschaftlichen Modethema. Im Oktober 2002 wurden verschiedene Stränge politikrelevanter Zeitforschung, auf die im Folgenden weiter eingegangen wird, in der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik zusammengeführt. Sie fungiert seither als Sprachrohr für eine verstärkte Beschäftigung mit diesem Thema. Eine ernsthafte politische Auseinandersetzung ist in der Bundespolitik seit 2006 vor allem in der Familienpolitik sichtbar. So greifen der siebte und achte Familienbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2006, 2012) das Thema unter dem Label Familienzeitpolitik prominent auf. Auch die Grünen (Bündnis 90/Die Grünen 2014) setzen mit ihrem Konzept der grünen Zeitpolitik verstärkt auf eine zeitpolitische Betrachtung von Wohlfahrts- und Arbeitszeitpolitik. Spätestens seit 2011, als sich die jüngere Lebensqualitäts- und Transformationsdebatte intensivierte (vgl. u. a. WBGU 2011), befassen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Diskusträger mit zeitpolitischen Themen. Vielfach greifen sie dabei auf die Diskussion der 1980er-Jahre zur Entschleunigung zurück, worauf Kapitel 5 weiter eingeht.

3 Wesentliche Akteure, Perspektiven und Diskurskoalitionen

3.1 Wissenschaft

Die Bedeutung der Wissenschaft für den aktuellen, zeitpolitischen Diskurs ist nicht zu unterschätzen. So stammen viele Protagonisten zeitpolitischer Initiativen und Diskussionen aus der Wissenschaft. Auch die Begründungen und Herleitungen einer geforderten, zeitpolitischen Wende berufen sich verstärkt auf akademische Quellen. Die Bandbreite an disziplinären Bezügen ist hierbei sehr vielfältig. Temporale Aspekte ziehen sich durch praktisch alle Wissenschaftsbereiche. Dabei ist zu unterscheiden zwischen (1) Grundlagendisziplinen, die als Erklärungshintergrund für unser Zeitverständnis fungieren und wesentliche Begrifflichkeiten im Kontext von Zeitpolitik prägen, (2) sozialwissenschaftlicher Forschung, die sich mit verschiedenen Aspekten von Zeit in Politik und Gesellschaft beschäftigt, sowie (3) interdisziplinärer Zeit(politik)forschung, die sich explizit und disziplinübergreifend mit Fragen von Zeitpolitik befasst.

3.1.1 Grundlagenprinzipien

Wesentliche Grundlagendisziplinen, die unser Verständnis von Zeit im Kontext von Zeitpolitik prägen, sind – neben den unten noch thematisierten Sozialwissenschaften – vor allem die Philosophie, die Theologie, die Physik, die Psychologie und Biologie. Die zeitlichen Bezüge und Diskussionen innerhalb dieser Disziplinen sind mitunter sehr viel vielschichtiger und komplexer als im Folgenden dargestellt. Der Fokus liegt hier auf der ausschnittshaften Darstellung relevanter Einflussdimensionen und Grundbegrifflichkeiten.

- ▶ In der **Philosophie** – wohl die älteste Disziplin, die sich mit der Frage von Zeit befasst – reicht die Diskussion bis in die Antike zurück. Hierbei spielt vor allem die Frage nach dem Wesen der Zeit eine Rolle. Während Philosophen wie Plato (Böhme 1974), Kant (ebd.) und Newton (Schiemann 2015) die Zeit, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise, eher als absolute, lineare und unabhängige Größe im Sinne eines „Flusses der Zeit“ umschrieben, lässt sich etwa bei Aristoteles (Böhme 1974), Augustinus (Flasch 1993) und Leibniz (Böhme 1974) ein stärker relationales, auf die individuelle Zeiterfahrung fokussiertes Zeitverständnis identifizieren. Henri Bergson (1904), Martin Heidegger (1927) und andere verstärkten diesen Trend mit der Idee von Zeit als Erfindung und Idol von Sprache (Bergson 1904), die auch sozialwissenschaftliche Zeittheorien (s. u.) stark beeinflussten.
- ▶ **Theologische** Perspektiven auf Zeit spielen sowohl geschichtlich als auch in der aktuellen zeitpolitischen Debatte eine relevante Rolle. Die Schöpfungsgeschichte der abrahamischen Religionen gilt als zentrale Grundlage für die Entwicklung eines linearen Verständnisses von Zeit, das – wenn auch in Emanzipation von seinen theologischen Grundlagen – im Auge einer Vielzahl von Kommentatoren die Entwicklung der Moderne mit seiner Idee der offenen Zukunft erst ermöglichte (Sorokin und Merton 1937; Rifkin 1988; Carvounas und Ireland 2008). Zudem spielt die theologische Diskussion bis heute eine wichtige Rolle bei der Begründung des arbeitsfreien Sonntags in der christlichen Tradition und des Sabbats in der jüdischen Religion (ansatzweise auch des Freitags im Islam) sowie bei der hierzu immer wieder neu geführten Debatte (Becker 2006).
- ▶ Die **Physik** – hierbei vor allem die newtonsche Mechanik (Newton ist hier sowohl in seiner Kapazität als Philosoph als auch als Physiker relevant) – prägen bis heute unser Verständnis von Zeit als lineare, unweigerlich und gleichmäßig voranschreitende (Uhr)zeit. Daneben haben die Erkenntnisse der Relativitätstheorie und der Quantenmechanik unser Zeitverständnis stark verkompliziert. Sie passen gut – wenn auch bisher unzureichend verstanden und gesellschaftlich verarbeitet – in die verstärkt subjektbezogenen Zeitverständnisse aus der Philosophie und den Sozialwissenschaften (Schiemann 2015).

- ▶ Die **Psychologie** untersucht seit ihren Anfängen (Vierordt 1868; Benussi 1913) Merkmale subjektiver Zeiterfahrung. Sie begleitet damit deren Thematisierung in der Philosophie und den Sozialwissenschaften (s. u.). Während die psychologische Zeitforschung eine Vielzahl von Begrifflichkeiten hervorgebracht hat, konzentriert sich ein Großteil von Arbeiten auf die Untersuchung individuellen Zeitbewusstseins. Hierbei wird vielfach zwischen Zeitperspektiven auf kognitiver, dem Zeiterleben auf emotionaler und dem Zeitumgang auf pragmatischer Ebene differenziert (Hinz 2000). Ebenso untersucht die Chronopsychologie in Anlehnung an die Chronobiologie (s. u.) die Rhythmen psychologischer Abläufe, von Schlaf- und Wachzeiten zu verschiedenen Konzentrationsphasen im Tagesverlauf, die auch im Kontext zeitpolitischer Initiativen eine wichtige Rolle spielen (Kantermann 2014).
- ▶ In der **Biologie** wurden schon im 18. und 19. Jahrhundert die zeitlichen Rhythmen von Pflanzen untersucht (vgl. de Mairans Untersuchungen zur Mimose, 1729). Mit Erwin Bünning (1958), Jürgen Aschhoff (1960) und Colin Pittendrigh (1960) professionalisierte sich das Feld der Chronobiologie auch bezüglich der Erforschung der biologischen Rhythmen des Menschen. Dies wiederum hat zentrale Relevanz für die Zeitpolitik. Zeitpolitische Modellprojekte wie die Chronocity in Bad Kissingen (www.badkissingen.iunctio.de) definieren sich explizit als chronobiologische Experimentierräume.

Die Entwicklung unseres Zeitverständnisses – in und über die hier kurz angerissenen Grundlagendisziplinen – bildet den Hintergrund, vor dem sich der Diskurs zu Zeit in den Sozialwissenschaften sowie der eigentliche Diskurs zu Zeitpolitik entfalten konnten. Im Folgenden wird er als diskursiver Hintergrund vorausgesetzt und nicht weiter explizit thematisiert.

3.1.2 Allgemeine sozialwissenschaftliche Zeitforschung

In der sozialwissenschaftlichen Zeitforschung gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze und disziplinärer Zugänge, die die zeitpolitische Diskussion prägen und befruchten. Zwar beklagen die meisten Akteure, dass im breiteren Theorie- und Forschungsgefüge die Zeitdimension unterbelichtet sei (z. B. Bergmann 1983; Rinderspacher 2000; Tabboni 2001; Carvounas und Ireland 2008). Über die letzten Jahrzehnte hat sich jedoch in den Sozialwissenschaften eine recht rege Diskussion zur Frage der Zeit etabliert (ebd.), auf der die aktuelle Debatte aufbaut. Durch die Fülle an Akteuren und Forschungszweigen mit thematischem Bezug wird im Folgenden ausschnitthaft auf die soziale Zeit als theoretische Grundlage, Globalisierungs- und Modernisierungstheorien als diskursiver Kontext und die Zeitzutzungsforschung als empirische Grundlagendisziplin eingegangen.

Theoretische Grundlagen: soziale Zeit

Aufbauend auf philosophischen Überlegungen zum Wesen der Zeit und psychologischen Untersuchungen zur Erfahrung von Zeit, bedeutet das Formulieren einer Konzeption von Zeit als soziales Konstrukt innerhalb der Soziologie einen wichtigen Schritt, um ein zeitpolitisches Problemverständnis zu entwickeln. Erste soziologische Studien zur Rolle von Zeit in der Gesellschaft gehen bis auf Durkheim (1912) zurück. Er schuf – in Abgrenzung zu physikalischen bzw. astronomischen Zeitverständnissen, aber auch individuellen Fragen der Zeiterfahrung – ein Konzept sozialer Zeit. Der Rhythmus des sozialen Lebens wird hier als Basis und Ausgangspunkt unseres Zeitverständnisses postuliert. Dabei thematisiert er vor allem die Rolle religiöser Feste und Riten als soziale Taktgeber. George Herbert Mead und Alfred Schütz entwickelten – in einer Art Zusammenführung philosophischer, psychologischer und soziologischer Theorien – ihr jeweils eigenes Verständnis von sozialer Zeit: als etwas, das vermittelt wird durch die individuelle Akzeptanz der Zeitstrukturen des generalisierten Anderen (Mead 1932, 1938) bzw. als Parallelisierung der Zeitstruktur von Ego und Alter Ego (Schütz 1932), wodurch die Handlungen und Ereignisse eine gemeinsame Bedeutung erlangen. Einen weiteren wichtigen Meilenstein

setzte Norbert Elias (1984) mit seinem Essay „Über die Zeit“. Er definierte (soziale) Zeit als „ein Symbol für eine Beziehung, die eine Menschengruppe [...] zwischen zwei oder mehreren Geschehensabläufen herstellt, von denen sie einen als Bezugsrahmen oder Maßstab für den oder die anderen standardisiert“ (S.11). Mit der zunehmenden Orientierung an der Uhrzeit als Maßstab für die Kategorisierung von Veränderungsflüssen entsteht für Elias ein ständig stärkerer Druck, der dazu zwingt, die physiologische (Eigen)zeiten an Taktgeber anzupassen, die sich vervielfältigen und an die Uhrzeit gebunden sind (ebd.).

Diskursiver Kontext: Neue Modernisierungstheorien und Globalisierungsforschung

Einen weiteren wesentlichen Impetus und Erklärungshintergrund für die aktuelle zeitpolitische Diskussion liefert die Globalisierungsforschung der 1990er-Jahre und die damit verbundene Fortentwicklung von Modernisierungstheorien. Auch wenn diese größtenteils nicht explizit die Zeitforschung im engeren Sinne betreffen, stellen sie dafür wichtige Grundlagen dar. Denn sie befassen sich durchaus auch mit den zentralen Themen „Beschleunigung“, „Ökonomisierung“, „Vergleichzeitigung“ und „Entgrenzung von Zeitstrukturen“ unter einer voranschreitenden Dominanz von Uhr- und Maschinenzeit. Die Entwicklung eines komplexen Verständnisses von sozialen Zeiten und Zeitlandschaften als konzeptionelle Grundlage von Zeitpolitik fügt sich und wird durch weiter gefasste Narrative von Spätmoderne und Globalisierung befruchtet. Wesentliche Akteure und Storylines, auf die ich die zeitpolitische Literatur vielfach beziehe, sind in diesem Kontext unter anderem: David Harvey (1989) und sein Konzept der Raumzeitkompression, Hartmut Rosa (2005) und seine Beschleunigungstheorien, Anthony Giddens und Ulrich Beck mit ihren Theorien zur Spätmoderne (Giddens 1991), zweiter Moderne (Beck und Lau 2005) und reflexiver Modernisierung (Beck et al. 1994) sowie Zygmunt Bauman (2013) und sein Konzept der flüssigen Moderne. Sie umreißen auf sehr unterschiedliche Weise die Rationalisierungsprozesse der Moderne sowie die paradoxen Effekte ihrer Radikalisierung über die letzten Jahrzehnte, in der gewachsene Strukturen – vom Nationalstaat bis zum Normalarbeitsverhältnis – aufbrechen und ein ganz neuer, reflexiver Umgang mit Komplexität, Interdependenz, Veränderung und Risiko entsteht bzw. entstehen muss.

Empirische Grundlagen: Zeitnutzungs- und Zeitbudgetforschung

Der politische Einfluss auf Zeitverwendungsstrukturen setzt empirisches Wissen voraus. Somit ist die wissenschaftliche Sammlung und Untersuchung empirischer Daten für zeitpolitische Interventionen essentiell. Eine der frühen wissenschaftlichen Arbeiten hierzu war 1933 die Marienthalstudie. Sie entstand durch Marie Jahoda, Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel. Die Forschergruppe untersuchte die Lebensumstände und Gewohnheiten von Arbeitslosen in Marienthal, einer Arbeitersiedlung in der Nähe Wiens. Die Studie gilt heute als Meilenstein in der empirischen Sozialforschung. Zentrales Forschungsinstrument waren – damals wie heute – Zeitbudgettagebücher sowie Fragebögen. Darin dokumentiert(en) die Teilnehmer ihre Aktivitäten. Während der letzten Jahrzehnte nahmen die Zeitnutzungsstudien und -erhebungen sowohl in Deutschland als auch international beständig zu. Auch das Statistische Bundesamt erhebt seit Beginn der 1990er-Jahre alle zehn Jahre die Zeitverwendung (Statistisches Bundesamt 2015). Bereits seit den 1960er-Jahren gibt es Bemühungen, Zeitverwendungsdaten international vergleichbar zu machen und zusammenzuführen. Dies geschieht insbesondere durch das „Center for Time Use Research“ an der Oxford Universität in Großbritannien (www.timeuse.org) sowie durch die „Internationale Vereinigung für Zeitnutzungsforschung“ (www.iatur.org; Merz 2009).

3.1.3 Zeitpolitikforschung

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Grundlagendisziplinen, den in Kapitel 3 behandelten gesellschaftlichen Entwicklungen und einer weiter gefassten, sozialwissenschaftlichen Zeitforschung, die hier nur hinsichtlich der Grundlagenaspekte thematisiert werden konnte, entwickelte sich das eigentliche Feld der Zeitpolitikforschung als zentraler Treiber des Diskurses. Die verschiedenen Strömungen,

Perspektiven und Akteure werden hier – ohne Anspruch auf Vollständigkeit und abschließende Kohärenz – unter den Kategorien feministische und familienbezogene Zeitpolitikforschung, Zeitwohlstandsforschung, Ökologie der Zeit und sozialökologische Zeitpolitikforschung sowie Zeiten der Stadt und lokale Zeitpolitikforschung zusammengefasst.

Feministische und familienbezogene Zeit(politik)forschung

Die feministische Zeitforschung greift schon seit den 1980er-Jahren die spezifische Zeiterfahrung von Frauen auf. Ziel ist es, auf theoretischer Ebene das männliche – auf der Separation von Mensch bzw. Kultur und Natur basierende – Verständnis von sozialer Zeit zu kritisieren. Zugleich geht es darum, für eine Konzeption von Zeit einzutreten, die stärker auf die komplexen Interdependenzen verschiedener Zeitstrukturen und Perspektiven, von Kontinuität und Diskontinuität, Reproduktion und Rhythmik eingeht (Adam 1996). Im Fokus stehen weiterhin sehr konkret zeitpolitische Probleme, die sich aus der Ausblendung von Reproduktions- und Pflegearbeit, aber auch von Umwelt- und Naturzeiten in einer männlich dominierten Gesellschaft ergeben. Diese treten wiederum mit dem verstärkten Eintritt der Frauen in den Arbeitsmarkt und die Politik zu Tage. Wichtige Vertreter dieser Diskurslinie sind beispielsweise Barbara Adam (Adam 1996, 2002) im Bereich „Soziologie“, Sandra Bonfiglioli in der Urbanistik (1997) und Sandra Jurczyk (2000) in der Familienforschung.

Die wesentlich aus der feministischen Zeitforschung heraus entstandene, familienbezogene Zeitpolitikforschung befasst sich besonders mit den zeitlichen Nöten und Konflikten von Familien. Zu den zentralen Elementen gehört die Erörterung von Möglichkeiten, Tagesabläufe zugunsten gemeinsamer Zeiten besser zu synchronisieren, etwa durch die Anpassung von Arbeitszeiten und Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Geschäfts- und Behördenöffnungszeiten. Ebenso geht es darum, – vor allem für Männer – die Pflege- und Reproduktionsarbeit gesellschaftlich aufzuwerten, um mehr Zeit zu schaffen für die gemeinsame Verantwortung in der Familie (Jurczyk 2004).

Zeitwohlstandsforschung

Die Zeitwohlstandsforschung ist eng verbunden mit der gewerkschaftlichen Diskussion um Arbeitszeitpolitik (Mückenberger 2000). Zugleich ist sie durch soziologische, wirtschafts- und politikwissenschaftliche Ansätze geformt (Rinderspacher 2000; Goodin et al. 2008). Während der Zeitwohlstandsdiskurs teils auf die Anfänge der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert zurückgeht (vgl. Schmidt-Warneck 1887), wurde der Begriff selbst erst in den 1980er-Jahren – besonders durch den Ethiker und Sozialwissenschaftler Jürgen Rinderspacher (1985) – geprägt. Im Kontext der wachsenden Kritik an der Wohlstandsgesellschaft sowie im Hinblick auf deren ökologischen Folgen (Meadows et al. 1972) griff er die Debatte um alternative Wohlstandsmodelle auf. Während die ursprüngliche Definition, „das Richtige im richtigen Moment tun zu können“ (Rinderspacher 1985, S.297) noch recht vage gehalten war, wurde der Begriff „Zeitwohlstand“ in den 1990er- und 2000er-Jahren zunehmend populär und konkret.

Zwar besteht weiterhin eine gewisse Unschärfe; gleichwohl fand in den letzten Jahren eine zunehmende Spezifizierung statt. Dabei spielt das Verhältnis zwischen Arbeits-, Reproduktions- und Freizeit eine zunehmend geringere Rolle. In den Vordergrund rücken hingegen die Unterscheidung zwischen selbst- und fremdbestimmter Zeit sowie die Synchronisationsfähigkeit verschiedener Zeiten. Ulrich Mückenberger (2000) etwa identifiziert negative und positive Kriterien, die die Erhöhung des Zeitwohlstands als normative Zielmarke umreißen. In seinem Verständnis wird Zeitwohlstand dort eingeschränkt, wo Zeit nicht selbst, sondern fremdbestimmt wird. Gleiches gilt, wenn Zeit – wie bei vielen Arbeitslosen und Rentnern – systematisch entwertet oder strukturell ungleich (z. B. zwischen den Geschlechtern) verteilt wird. Positiv würden jedoch Zeitgebräuche wirken, die einen selbstgewählten, kulturellen Eigenwert aufweisen oder Spielräume für gemeinsame Aktivitäten und Erfahrungen schaffen (ebd.) Reisch (2002) hingegen beschreibt verschiedene Dimensionen: Zeitdauer (chronometrische Dimension), Zeitlage und Abfolge (chronologische Dimension), Zeitsouveränität und Autonomie, den rechten Zeitpunkt, die Synchronizität, die Angemessenheit von Geschwindigkeiten, die Rhythmik und

die Berücksichtigung von Eigenzeiten. Neben diesen Versuchen, das Thema in seiner Komplexität und Multidimensionalität zu erfassen, wird zudem an Indikatoren gearbeitet, die das Konzept politisch mess- und bearbeitbar machen. Thomas Goodins et al. (2008) Konzept der „discretionary time“ analysiert etwa den Zeitbedarf, der erforderlich ist, um einen minimalen Lebensstandard (inkl. Erwerbsarbeit, Körperpflege und Schlaf) zu decken, und macht diesen international vergleichbar. Gemessen wird dabei nicht der eigentliche, sondern der theoretisch notwendige Zeitaufwand. Komplexere Ansätze, um Zeitwohlstand zu messen, stehen erst am Anfang (Jurczyk 2011).

„Ökologie der Zeit“ und sozialökologische Zeit(politik)forschung

Die Idee der Ökologie der Zeit entwickelte sich vor allem mit dem gleichnamigen Projekt der Evangelischen Akademie Tutzing (Held und Geissler 1993). Dabei wurde sie besonders beeinflusst durch die feministische Zeitforschung. Die Idee der Ökologie wurde 1991 von Martin Held und Karl-Heinz Geissler initiiert. Sie fokussiert auf biologische Eigenzeiten (Adam 1988), Erkenntnisse der Chronobiologie (Cornélissen et al. 1988) sowie auf die stärkere Berücksichtigung von Rhythmen und zeitlichen Abläufen in der Ökosystemforschung (vgl. Holling 1973, 1986). Bis zu seinem vorläufigen Abschluss im Jahr 2000 initiierte das Projekt der Akademie Tutzing – unter Mitwirkung zahlreicher namhafter, der Umweltbewegung nahestehender Wissenschaftler wie Angelika Zahrnt, Hartmut Graßl, Joachim Radkau oder Günter Altner – eine Reihe von Konferenzen und Veröffentlichungen (Held und Geissler 1993; Held et al. 1995; Schneider et al. 1995; Adam et al. 1997). Die zentrale Storyline hinter dem Projekt und seinen Folgeinitiativen besagt, dass die kulturellen Zeitstrukturen, die maßgeblich durch die Industriegesellschaft geprägt sind, sich immer weiter von denen der Natur entfernen. Damit stellen sie eine zentrale Ursachendimension der aktuellen Umweltprobleme dar. Es bestehe die Aufgabe, eine Ökologie der Zeit zu entwickeln. Hierzu sei es erforderlich, die Zeitstrukturen, -maße und -rhythmen der Natur besser verstehen zu lernen. Zudem seien diese beim Ausgestalten der gesellschaftlichen Zeitstrukturen wieder stärker zu berücksichtigen. Folgen wir Reisch und Bietz (2014), bestehen hier vier zentrale Grundprinzipien: die Beachtung der temporalen Vielfalt (siehe auch Zeitlandschaften, Hofmeister und Spitzner 1999), der Rhythmik (Held et al. 1995), der angemessenen Geschwindigkeiten (Held und Geissler 1993) sowie der thermodynamischen Gesetze² (ebd.). Die aktuellste Initiative dieser Richtung (Held et al. 2013) beschäftigt sich unter dem Titel „Verlust der Nacht“ mit natürlichen Tag-Nacht-Zyklen, Lichtverschmutzung und deren Einfluss auf Biodiversität, Gesundheit und Gesellschaft.

Aus der Postwachstumsdebatte entwickelt sich zudem – besonders durch jüngere Akademiker getragen – ein Diskurs zu Zeitwohlstand und Entschleunigung (siehe auch Kapitel 5). Er wird unter anderem durch das Konzeptwerk Neue Ökonomie (2014) und die Initiative „Zeitpioniere“ des Vereins für ökologische Wirtschaftsforschung angetrieben. Die zentrale Prämisse lautet, dass ein Mehr an frei verfügbarer Zeit eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass sich nachhaltige Lebensstile entfalten können. Dieser Frage widmet sich die Forschung zu den Folgen für die Umwelt, wenn sich Zeitnutzungsstrukturen ändern, etwa wenn die Arbeitszeit sinkt. Das „Center for Economic and Policy Research“ in Washington berechnete beispielsweise ein Energieeinsparungspotential von 20 % in den USA bei einer zeitfavorisierenden Reallokation wirtschaftlicher Produktivitätsgewinne. Zudem identifizierte es eine Korrelation von 1,3 % Energieeinsparung bei 1 % Arbeitszeitreduktion (Rosnick und Weisbrot 2007). Für Schweden wurden nach neuesten Ergebnissen von Jonas Nässén und Jörgen Larsson (2015) 0,7 bis 0,8 % Energieeinsparung pro Prozent Arbeitszeitreduktion festgestellt. Daneben herrscht eine rege Diskussion über mögliche Rebound-Effekte auf der Konsumseite. Nach bisherigen Untersuchungen liegen diese zwar unter den Ressourceneinsparungen durch Arbeitszeitreduktion.

² Hier geht es um die temporalen Aspekte von Stoffströmen sowie um die Regulierung systemischer Entropie im Zeitverlauf.

Soziographisch sind sie jedoch sehr unterschiedlich gelagert (Bruckner und Fischer-Kowalski 2008; Nässén und Larsson 2015; Buhl und Acosta 2015).

„Zeiten der Stadt“ und lokale Zeitpolitikforschung

Der Begriff „Zeiten der Stadt“ entstand in der italienischen zeitpolitischen Bewegung der 1980er- und 1990er-Jahre. Wie eingangs erwähnt, wurde er besonders durch das Politecnico di Milano und die dortige Professorin für Raumplanung, Sandra Bonfiglioli, geprägt. Er ist eng verknüpft mit der gerechteren Organisation von Zeitstrukturen, vor allem für Frauen. Dahinter steht die Idee einer Analyse, die sich dezidiert auf den urbanen Raum bezieht, sowie das Ziel der Entwicklung von Ansätzen und Methoden, die sich dazu eignen, lokale Zeitnutzungskonflikte zu lösen. Lokale Zeitpolitik im Sinne der „Zeiten der Stadt“ bestimmt sich stark danach, wie politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Akteure zusammenwirken. Dabei spielt die Wissenschaft – über die transdisziplinäre Aktionsforschung und die Erprobung neuer Partizipationsformen – eine zentrale Rolle. Besonders in Italien entstanden – gefördert durch das dortige Forschungsministerium – in den letzten Jahren eine Vielzahl zeitpolitischer Instrumente. Diese beinhalten u. a. Modelle, um Mobilitätsmuster und Chronotopen zu simulieren. Hinzu kommen chronografische Kartierungs- sowie soziologische Untersuchungsmethoden, Organisationsmodelle städtischer Zeitbüros sowie zeitpolitische Stakeholderanalyse und Moderationsansätze (Bonfiglioli 2001). Der Wissensaustausch – besonders über das europäische Verbundprojekt EUREXCTER – und die Entwicklung lokaler, zeitpolitischer Pilotprojekte in Deutschland, Frankreich, Spanien, Irland und Finnland führte dazu, dass sich auch in Deutschland die stadtbezogene Zeitpolitikforschung weiterentwickelte.

Besonders relevante Akteure in der deutschen Forschungslandschaft sind: Prof. Ulrich Mückenberger, der das EUREXCTER-Projekt in Deutschland sowie die Forschungsstelle „Zeitpolitik“ der früheren Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) leitet, und Prof. Dietrich Henckel, der die 1998 etablierte Arbeitsgruppe „Raum und Zeit“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) koordinierte. Aus dem EUREXCTER-Kontext entstanden zahlreiche Initiativen und Projekte, die eine intensive Forschung begleitete. Dazu gehören das erste deutsche Zeitbüro in Bremen-Havelsack sowie das Städteverbundprojekt „Zeiten der Stadt“. Letzteres war ein gemeinsames Projekt von Bremen, Hamburg und Hannover im Kontext der Weltausstellung EXPO 2000. Anhand der beiden Projekte wurden wesentliche theoretische Grundlagen erarbeitet und praktische Erfahrungen gesammelt (Mückenberger 1998, 2001). Die Arbeiten zu den „Zeiten der Stadt“ fokussierten darauf, Prozesse zu entwickeln, um örtliche Zeiten zu koordinieren und harmonisieren sowie um öffentliche und private Dienstleistungen bedarfsgerecht zu organisieren. Im Mittelpunkt standen zudem Maßnahmen, die die Städte lebendiger machen und die urbane Qualität erhöhen (Heitkötter und Schneider 2007; Mückenberger 2001). Im Rahmen der Raumplanungsforschung von ARL und DiFU entwickelten Henckel und Kollegen das Konzept der Raumzeitpolitik (Henckel 2002, 2005; Henckel und Eberling 2002). Es richtet sich speziell darauf, raumzeitliche Bezüge zu erforschen, und wird – vor allem in der Verkehrsplanung (Henckel 2014) – inzwischen verstärkt diskutiert.

Weitere Akteure, Verbindungen und Netzwerke

Bei den vier beschriebenen Diskurslinien gibt es – inhaltlich und akteursbezogen – zahlreiche Überschneidungen. Die 2002 gegründete Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (DGfZP; www.zeitpolitik.org) leistet einen zentralen Beitrag zum Austausch zwischen diesen Linien. Sie agiert unter der Leitung von Ulrich Mückenberger als Sprachrohr für zeitpolitische Initiativen in Deutschland und bringt wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Akteure zusammen. Weiterhin bieten das „Zeitpolitische Magazin“ der DGfZP und die wissenschaftliche Zeitschrift „Time & Society“ eine gemeinsame Plattform für den wissenschaftlichen Austausch.

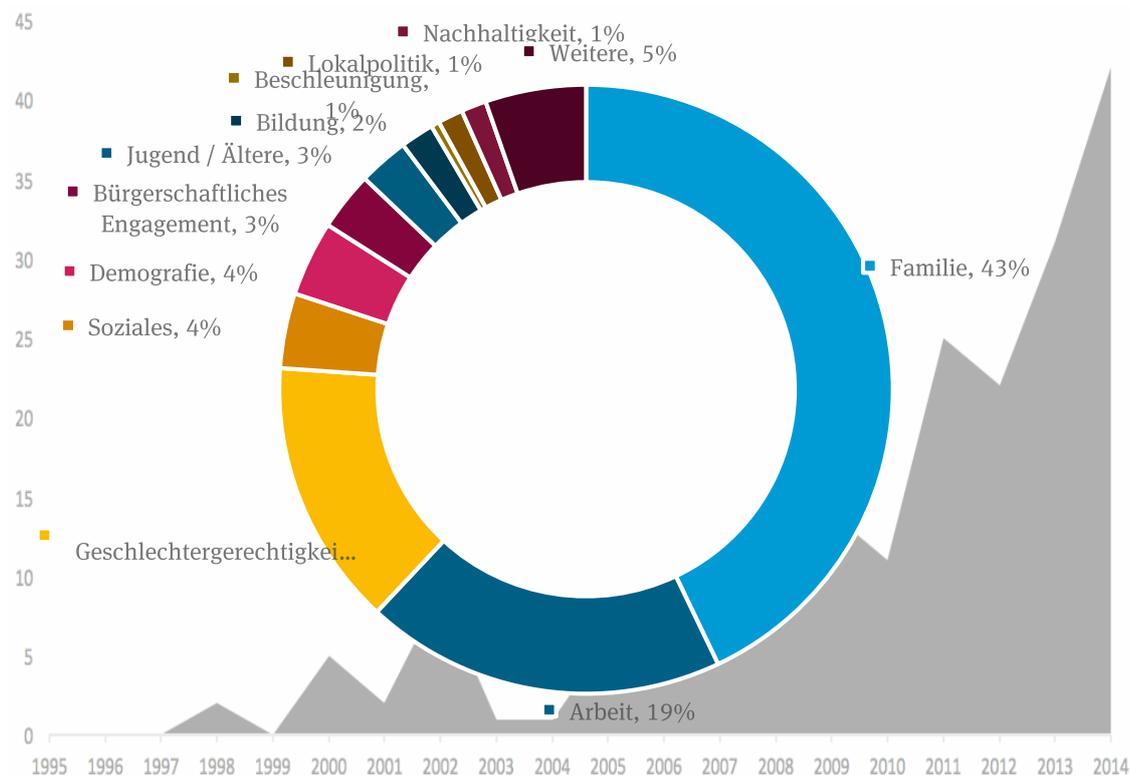
Mit dem verstärkten Verbinden der verschiedenen Diskurslinien wird auch auf Fragen eingegangen, die sich mit der zeitlichen Konstitution von Politik als Prozess befassen (Reisch und Bietz 2014). Hierbei geht – im Kontext der Nachhaltigkeit – um die Themen „Zeithorizonte“ und „Zeitliche Strukturen von Politik“ (ebd.).

3.2 Politik

Deutschland

Während die Wissenschaft ein breites Spektrum zeitpolitischer Perspektiven und Zugänge entwickelte, konzentriert sich die bundes- und meist auch die lokalpolitische Debatte auf die Familienzeitpolitik. Fast die Hälfte (43 %, siehe Abbildung 1) aller 226 identifizierten Publikationen im Bereich „Politik“, die den Begriff „Zeitpolitik“ enthalten, haben einen expliziten Fokus auf Familien und Familienpolitik. Kurz dahinter stehen Publikationen mit Fokus auf Arbeit (19 %) und Geschlechtergerechtigkeit (14 %). Erwähnt wird der Begriff zudem in allgemeinen, sozialpolitischen Publikationen (4 %), im Kontext von Demografie- und Engagementpolitik (4 % und 3 % respektive) sowie bei der Bildung (2 %). Publikationen mit explizitem Nachhaltigkeits- oder Lokalpolitikfokus über das Familienthema hinaus finden sich kaum (jeweils 1 %).

Abbildung 1: : Identifizierte Publikationen im Bereich „Politik“ (n=226), aufgeschlüsselt nach thematischem Fokus und Publikationsdatum



Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtet man ausschließlich die zentral veröffentlichten, ministeriellen Publikationen der Bundesregierung (n=46) zeigt sich eine fast monopolhafte Besetzung des Themas durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). So beträgt dessen Anteil rund 76 %. Es folgen das

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS, 11 %), das Bundeskanzleramt (BKAm, 7 %) sowie das Bundesministerium des Innern (BMI, 7 %). In den übrigen Ressorts scheint der Begriff bislang kaum verwendet zu werden.³

Wie der sprunghafte Anstieg der Publikationen ab Mitte der 2000er-Jahre verdeutlicht (siehe Abbildung 1 im Hintergrund), hat besonders der 7. Familienbericht von 2006 (BMFSFJ 2006) das Thema auf die (familienpolitische) Tagesordnung gesetzt. Neben finanzieller und infrastruktureller Unterstützung betont der Bericht vor allem zeitstrukturelle Verbesserungen für Familien im Sinne einer zu etablierenden Familienzeitpolitik. Auch als Politikwechsel hin zu einer nachhaltigen Familienpolitik beschrieben, betont die – in den Folgejahren besonders mit dem 8. Familienbericht (BMFSFJ 2012) – weiter ausdifferenzierte Familienzeitpolitik verstärkt die lokale Dimension familien- und zeitpolitischer Bemühungen. Sie greift damit wesentliche Elemente des Zeitpolitikdiskurses auf, der zuvor eher wissenschaftlich geprägt war, sowie der genannten italienischen, kommunalpolitischen Ansätze. Gemeint sind hier vor allem verbesserte Öffnungszeiten bei der Kinderbetreuung, bei Behörden und Geschäften (ebd.). Sie sollen unter anderem durch „Lokale Bündnisse für Familie“, eine 2004 gestartete Initiative des BMFSFJ (www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de), realisiert werden. Aktuell finden hierzu an fünf Standorten familienzeitpolitische Pilotprojekte statt (ebd.). Im Fokus stehen weiterhin zeitliche Engpässe und Kapazitäten im Lebensverlauf. Hierbei geht es darum, der Ballung zeitlicher Anforderungen für junge Eltern entgegenzuwirken und durch neue Arbeitszeitmodelle sowie neue Finanzierungsmöglichkeiten einen Ausgleich zu schaffen (BMFSFJ 2006, 2012). Konkrete Ergebnisse sind etwa die 2014 verabschiedete Gesetzesänderung zur Teilzeitarbeit sowie die Reform des Elterngeldes. Ein weiterer zeitpolitischer Schwerpunkt, der ebenfalls beim BMFSFJ angesiedelt ist, ist die Engagementpolitik. Hierbei geht es um die Schaffung zeitlicher Freiräume über das Erwerbsleben hinaus. Auch dies wird zunehmend als zeitpolitische Herausforderung thematisiert (BMFSFJ 2009).

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales greift das Thema ebenfalls auf. Dies geschieht im Kontext von Arbeitszeitregulierung, Arbeitsqualität (BMAS 2011, 2013a) und Sozialberichten (BMAS 2005, 2013b). Dabei bezieht sich das BMAS hauptsächlich auf die Aktivitäten des BMFSFJ. Ähnlich verhält es sich beim Innenressort. Es erwähnt das Thema im Rahmen der Demographiestrategie (BMI 2012, 2013) und -berichterstattung (BMI 2011). Bezugspunkt ist dabei die Familienförderung. Das Bundeskanzleramt nennt es vorwiegend in den Familienkapiteln allgemeiner Berichte zu Veranstaltungen und Strategieprozessen (Bundeskanzleramt 2012; Bundesregierung 2015b).

Die parteipolitische Diskussion ist etwas vielfältiger. Vor allem SPD und Grüne führen hierzu eine ausgeprägte Debatte (siehe Abbildung 2). So findet in der SPD schon seit Längerem ein arbeitszeitpolitischer Diskurs statt, der sich in den einzelnen Parteitagebeschlüssen und Parteiprogrammen widerspiegelt (SPD 1998, 2002, 2003, 2007). Er bezieht sich meist auf das Thema „Arbeitszeitreduktion“, behandelt aber auch Arbeitszeitkonten. Hinzu kommen zahlreiche gleichstellungs- und familienpolitikfokussierte Dokumente (SPD 2011a, 2011b, 2013).

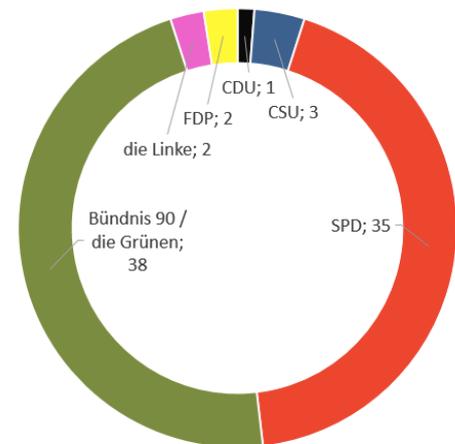
Bei den Grünen wird das Thema „Zeitpolitik“ seit 2008 verstärkt diskutiert. „Grüne“ Zeitpolitik beinhaltet sowohl Langzeitarbeitskonten, lebensphasengerechte Arbeitszeiten und Zeit für Fürsorge als auch alltagstaugliche Kommunen, ein Recht auf Weiterbildung, die langfristige Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit sowie bürgerschaftliches Engagement ohne Altersgrenzen (Bündnis 90/Die Grünen 2008). Im jüngsten Beschluss zu einer „Grünen Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben“ des Länderrates (Bündnis 90/Die Grünen 2015a) sowie in weiteren aktuellen Publikationen zum Thema (Bündnis 90/Die Grünen 2015b, 2015c) werden zudem die Aspekte der Selbstbestimmung und der Entschleunigung („Gute Ideen brauchen Zeit“; (Bündnis 90/Die Grünen

³ Berücksichtigt wurden ausschließlich Dokumente, die auf dem zentralen Publikationsserver der Bundesregierung (www.bundesregierung.de) hinterlegt sind. Für Details zur Dokumentenauswahl siehe Kapitel 2 und den Anhang.

2015a, S. 5) hervorgehoben. Zwar wird der sorgsame Umgang mit Natur als Parallele zu einem sorgsamem Umgang miteinander betont (Bündnis 90/Die Grünen 2015a, S. 2). Gleichwohl lässt sich in der Programmatik der grünen Zeitpolitik kein direkter umweltpolitischer Bezug erkennen.

Im Gegensatz zu SPD und Bündnis 90/Die Grünen fällt die Beschäftigung mit Zeitpolitik bei den restlichen großen Parteien – soweit auf Basis der identifizierten Dokumente ersichtlich – eher gering aus (vgl. Abbildung 2). Die CDU veröffentlichte – anlässlich des internationalen Frauentags 2014 – auf ihrer Webseite eine Pressemitteilung zu Zeitpolitik in Bezug auf Gleichstellung. Darin verweist sie auf die zeitpolitischen Errungenschaften neuer Teilzeitmodelle sowie auf das geplante ElterngeldPlus. Die CSU erwähnt den Begriff in drei kurzen Meldungen, die für Wahlfreiheit in der Familienpolitik plädieren (CSU 2013, 2014a, 2014b). Die Linke nennt Zeitpolitik in zwei älteren Grundsatzschriften als Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter. Die FDP wiederum spricht sich in zwei schriftlichen Interviews mit Familienverbänden dafür aus, die Familienzeitpolitik zu verbessern (FDP 2013, ohne Datum).

Abbildung 2: Verteilung identifizierter Publikationen der großen Parteien, die Zeitpolitik erwähnen (n=86)



Quelle: Eigene Abbildung.

Innerhalb der Parteistiftungen (n=28) finden sich – meist im Kontext beauftragter Studien – recht vielfältige Diskussionen zu Zeitpolitik. So gibt es hierzu bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 14 und bei der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) 9 Publikationen. Während bei der FES vor allem Arbeitszeitfragen dominieren (Kurz-Scherf 1994; Geissler 2000; Hildebrandt 2000; Lang 2000; Seifert 2014), liegt der Fokus der KAS stark auf familienpolitischen (Zeit)themen (Henry-Huthmacher 2006; Merkle et al. 2008; Henry-Huthmacher und Hoffmann 2010; Konrad-Adenauer-Stiftung 2009). Ein breiter gefasster Zugang zu Zeitpolitik lässt sich nur selten identifizieren. Ausnahmen hiervon sind eine Veranstaltungsreihe der ver.di Hessen und der FES 2008/2009 und die dazugehörige Publikation „Ändern sich die Zeiten?“ (ver.di Hessen und Friedrich-Ebert-Stiftung 2009), die verschiedene Aspekte von Zeitpolitik umfassend diskutieren.

Bei den anderen Parteistiftungen wird das Thema bisher weniger prominent diskutiert. Die Hanns-Seidel-Stiftung erwähnt es beiläufig in zwei Studien als neues Instrument der Familienpolitik (Althammer et al. 2010; Kürschner 2010). Die Heinrich-Böll-Stiftung nennt es im Kontext der Qualifikationen ihrer familienpolitischen Kommission (Heinrich-Böll-Stiftung 2015). Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verweist wiederum auf zwei Veranstaltungen zum Thema „Zeitpolitik und Zeitwohlstand im Kontext von Gewerkschaftspolitik und Postwachstum“ (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2014, 2015). Bei den beiden zuletzt genannten Institutionen scheint das Interesse jedoch zuzunehmen. Dies mag auch am steigenden gesellschaftlichen Interesse an der Thematik im Kontext der Diskurse zu Postwachstum und Gutem Leben liegen (siehe hierzu auch Kapitel 4.3 und Kapitel 6).

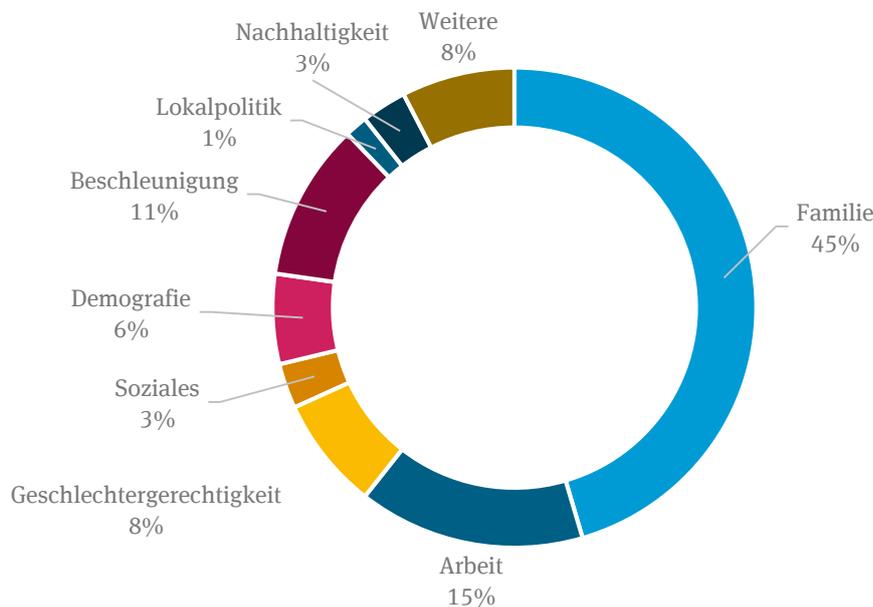
3.3 Gesellschaft

Die gesellschaftliche Debatte zu Zeitfragen hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Mit wachsender Entgrenzung der Arbeit – weg von der Logik der Stechuhr hin zu einer stärkeren Leistungsorientierung, symbolisiert durch Vertrauensarbeitszeit und die Herausbildung vielfältiger, stärker individuell geprägter (Arbeits-)zeitregime, – haben die Gewerkschaften an Einfluss verloren. Die Kirchen sind als Zeittaktgeber zwar latent noch existent, spielen aber eine ständig geringere Rolle. Gesellschaftliche Akteure von Zeitpolitik sind zunehmend die Individuen selbst, was sich auch in der Diskurslandschaft widerspiegelt. In den Medien sind Themen wie Stress und Zeitmanagement schon seit

Längerem en vogue. Entschleunigung, Zeitwohlstand und individuelle Arbeitszeitreduktion treten durch Lifestylmagazine wie „Oak“, „Cereal“, „Escape“ oder „Weekender“, die vor allem ein jüngeres Publikum ansprechen, thematisch immer mehr hinzu.

Bezüglich der Zeitpolitik als solche deckt sich der mediale Diskurs vielfach mit politisch gesetzten Themen (siehe Abbildung 3). Allerdings ist insgesamt das Artikelaufkommen eher gering. Von 66 identifizierten Artikeln in zentralen Leitmedien (Spiegel Online, Zeit Online, FAZ, Süddeutsche, BILD und Tagesspiegel), die den Begriff „Zeitpolitik“ erwähnen, beziehen sich 45 % auf Familie und Familienzeitpolitik, 15 % fokussieren auf Arbeitszeit generell, 11 % auf Beschleunigung und 8 % auf Geschlechtergerechtigkeit. Einen expliziten Nachhaltigkeitsfokus haben nur 2 der identifizierten Artikel. Weitere Aufhänger sind Demografie (6 %) und Lokalpolitik (1 %). Der Großteil der Artikel mit Fokus auf Familien und Familienzeitpolitik bezieht sich auf politische Ereignisse, wie etwa die Veröffentlichung der Familienberichte (Kilb 2006; Die Zeit 2012; Süddeutsche Zeitung 2011a), auf öffentliche Diskussionen zum Elterngeld (FAZ 2006), zum Kindergeld (Rasche 2008) sowie über Großelternzeiten (Süddeutsche Zeitung 2012; Schuler 2012). Die Artikel mit Fokus auf Arbeit und Arbeitszeiten beschäftigen sich sowohl mit Gewerkschaftsdiskussionen (Klotz 2000; Tietz 2007) als auch verstärkt mit der neuen grünen Zeitpolitik (Caspari 2015; FAZ 2015; Eubel 2015). Beim Thema „Beschleunigung“ steht vielfach die Kritik am Kapitalismus sowie an der zeitlichen Entgrenzung von Arbeit im Vordergrund. Die identifizierbaren Perspektiven sind jedoch recht unterschiedlich. So betont etwa Karlheinz Geißler, Mitbegründer der „Gesellschaft für Zeitpolitik“, in einem Interview mit dem Spiegel den Wert von Pausen (Musall und Pötzl 2010). In der Wochenzeitung „Die Zeit“ kritisiert Byung-Chul Han nicht nur die Beschleunigung der Arbeit, die durch den Neoliberalismus und seine Effizienzlogik geprägt sei, sondern auch die entsprechenden Maßnahmen zur Entschleunigung: Beide seien zwei Seiten einer Medaille. Das Problem bestünde vor allem darin, dass andere, rituelle und nicht verkürzbare Formen der Zeit kaum noch existierten (Han 2013). Inge Kloepfer (2015) vertritt in der FAZ die These, dass vor allem die ältere Generation die Beschleunigung beklage. Eigentlich müsse man sich nur darauf einlassen, um die Vorteile zu erfahren. Artikel, die stärker auf Geschlechtergerechtigkeit fokussieren, befassen sich unter anderem mit der Frauenquote (Süddeutsche Zeitung 2014) und den zeitpolitischen Wünschen und Erwartungen von Frauen und Männern (Dernbach 2013). Artikel, die sich auf Demografie beziehen, nehmen vor allem die niedrige Geburtenrate als Ausgangspunkt, um Zeitpolitik zu thematisieren (Heidenreich 2012; Sichtermann 2014).

Abbildung 3: Identifizierte Artikel in Leitmedien Spiegel Online, Zeit Online, FAZ, Süddeutsche, BILD, Tagespiegel), die den Begriff „Zeitpolitik“ enthalten, aufgeschlüsselt nach thematischem Fokus (n=66).



Fast alle dieser Diskursstränge beziehen sich auf Fragen der Arbeitszeit und Arbeitsorganisation für das individuelle Wohlbefinden oder die Familiengründung. Die – gerade aus umwelt- und nachhaltigkeitspolitischer Perspektive interessanten – Ansätze einer Zeitpolitik, die umfassend lokal oder dezidiert auf Nachhaltigkeit fokussiert, finden in den untersuchten deutschen Leitmedien bislang kaum Resonanz. Sie werden, obwohl im Kontext allgemeiner Ausführungen zu Zeitpolitik teils angeschnitten, nur selten thematisiert. Ein älterer Artikel in der „Zeit“ befasst sich mit dem Projekt „Ökologie der Zeit“ (siehe Kapitel 4.1). Dort geht es zwar um einen nachhaltigen Umgang mit der Zeit. Jedoch wird die Natur vor allem nur im Sinne der natürlichen Zeitrhythmen des Menschen thematisiert (Heidbrink 1999). Ein weiterer Artikel von Peter Sloterdijk (2011) über Hermann Scheer und die Dringlichkeit der Energiewende beschäftigt sich mit dem ständig drohenden Zu-spät von Politik. Dabei setzt er mit der Aussage, alle Politik sei Zeitpolitik, eine ganz eigene Interpretation des Begriffs. Einen expliziten Fokus auf lokale Zeitpolitik legt nur ein sehr ironischer Artikel über die Forderung aus der Urbanistik aus dem Jahre 1997 (Kerstan), lokale Zeitpolitik als neues Politikfeld zu etablieren.

Dem gegenüber steht – neben traditionellen zivilgesellschaftlichen Akteuren mit zeitpolitischem Interesse wie die Gewerkschaften (Arbeitszeit) und Kirchen (Sonntage) – eine Diskussion zu Postwachstum, nachhaltigem Konsum und Entschleunigung. Diese wird inzwischen auch medial verstärkt geführt. Ihre Protagonisten verstehen sich durchaus als Teil einer zivilgesellschaftlichen, zeitpolitischen Bewegung. Zu den traditionsreichsten Akteuren gehört hier das „Slow Movement“. Dessen Ausgangspunkt war „Slow Food“. Hierbei handelt es sich um internationale Bewegung, die in den 1980er-Jahren begann und auf den italienischen Aktivisten Carlo Petrini zurückgeht. Er engagierte sich massiv – im Einklang mit kultureller und biologischer Diversität – für die Förderung lokaler Küche und lokaler Lebensmittel. Hierbei ging es in erster Linie auch um den Schutz vor Fast Food und der Globalisierung der Landwirtschaft. Inzwischen hat sich die „Slow Philosophie“ (Honoré 2004) auf verschiedenste Bereiche ausgeweitet. Sie verbindet explizit Langsamkeit bzw. die Betonung qualitativer Zeiterfahrung mit den ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimensionen der Nachhaltigkeit im Sinne von „gut, sauber und fair“ (Slowfood Deutschland 2015). Mittlerweise inspiriert sie ein internationales Netzwerk der langsamen Städte (Cittaslow, www.cittaslow.org) und prägt Begriffe wie „Slow Ageing“, „Slow Cinema“, „Slow Religion“, „Slow Travel“, „Slow Goods“, „Slow Gardening“, „Slow Money“, „Slow Parenting“ etc. Zwar sind die einzelnen Entwicklungsstränge durchaus unterschiedlich ausgerichtet,

dennoch beruhen sie auf einem gemeinsamen Nenner: Bei allen geht es um einen bewussteren Umgang mit Zeit sowie um die Förderung einer Kultur des lokalen und beständigen Miteinanders mit einer ausgeprägten umwelt- und nachhaltigkeitspolitischen Motivation.

Eine etwas neuere Entwicklung ist die Thematisierung von Zeitpolitik und Zeitwohlstand im Kontext der aktuellen Postwachstumsdebatte. Stark aus der eher akademisch geprägten Debatte heraus getrieben, entwickelt sich besonders in der jüngeren Generation, die Zeitwohlstand, Zeitpolitik und Entschleunigung als sozialökologisches Lebensqualitätsthemen für sich entdeckt, ein zivilgesellschaftlicher Diskurs. Eines der vielen Anzeichen hierfür ist etwa das 2015 neu gegründete „transform Magazin für das gute Leben“. Es will sich „auch klassische Nachhaltigkeitsthemen anschauen, aber weiter gehen“ (Korte 2015, S. 2). Die erste Ausgabe widmete sich dem Thema „Arbeit“ unter dem Motto „Wir schmeißen hin“ (ebd.). Das Magazin bietet neben veganen Rezepten für den Müßiggang verschiedene Konzepte und Ansätze für eine Art arbeitszeitpolitischer und konsumkritischer Revolution von unten. In eine ähnliche Kategorie fallen auch die Initiative „Zeitpioniere der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung“ (VÖW 2015) und die Auseinandersetzung mit dem Thema „Zeitwohlstand“ durch das „Konzeptwerk neue Ökonomie“ (2014). Beide setzen sich – im Grenzbereich zwischen zivilgesellschaftlicher, wissenschaftlicher und politischer Diskussion – für eine wachstumskritische Zeitpolitik ein.

3.4 Wirtschaft

Die Wirtschaftspresse greift das Thema „Zeitpolitik“ – zumindest unter dieser Begrifflichkeit – kaum auf. Insgesamt wurden sieben Artikel identifiziert, die sich mit den Themen „Familienzeitpolitik“, „Zeitumstellung“ und „Frauenquote“ befassen. Gleiches gilt für die großen Arbeitgeberverbände.⁴ Gleichwohl haben zeitpolitische Themen in der Wirtschaft in Form von Arbeitszeitgestaltung eine lange Geschichte. Die Entwicklung der 5-Tage- sowie der 40-Stunden-Woche ist eng verknüpft mit der Herausbildung der Rhythmen industrieller Produktion. Wie eingangs (vgl. Kapitel 3) beschrieben, entwickelte sich mit der Flexibilisierung der Arbeitszeiten besonders seit den 1980er-Jahren ein komplexes System verschiedener Arbeitszeitmodelle. Bei den unternehmerischen Interessen steht dabei im Vordergrund, die industriellen Anlagen im Schichtbetrieb maximal auszulasten und die Produktion an schwankende Auftragslagen flexibel anzupassen (Wagner 1995). Allerdings investieren die großen Industrieunternehmen auch in präventive Maßnahmen zur Stressreduktion. Hierbei geht es vor allem darum, die zeitliche Erreichbarkeit der Mitarbeiter/innen außerhalb der Arbeitszeit zu verringern. Ein Beispiel hierfür ist die Abschaltung der Email-Server bei VW nach Betriebsschluss (Süddeutsche Zeitung 2011b).

Im stark gewachsenen Dienstleistungsbereich stellen sich – besonders wegen der Vielzahl von Dienstleistungen, die dem Uno-actu-Prinzip folgen, also der persönlichen Interaktion und Ko-Produktion der Dienstleistung mit dem Kunden, was wiederum eine spezielle Synchronisationsleistung erfordert – neue Anforderungen. Sie betreffen vor allem die Aushandlung von Servicezeiten zwischen Arbeitgeber-, Mitarbeiter- und Kundeninteressen. Einen interessanten Ansatz aus Genderperspektive zeigt das Projekt „Zeitfragen sind Streitfragen“ der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. In dessen Rahmen wurden durch eine Kooperation von Arbeitgebern, Beschäftigten und Kunden – etwa in Kaufhäusern – neue Arbeits- und Öffnungszeitenmodelle erprobt (Mückenberger 2012).

⁴ In die Analyse eingeflossen sind die Publikationen auf den Webseiten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), des Deutschen Mittelstandsbundes (DMB) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK).

4 Zentrale und angrenzende Elemente des Diskurses im Kontext von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Die zeitpolitische Diskussion ist vielfältig und von einer Plethora unterschiedlicher Zielsetzungen und Interessen geprägt. Die obige, akteurszentrierte Analyse mit Fokus auf den Begriff „Zeitpolitik“ ist – aufgrund der aktuellen Diskursstruktur – vor allem durch die Themen „Familienzeitpolitik“, „Arbeitszeitpolitik“ und „Lokale Zeitpolitik“ dominiert. Dagegen geht es im Folgenden darum, besonders relevante Aspekte der zeitpolitischen Diskussion für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik hervorzuheben und zu diskutieren. Das Kapitel gliedert sich in die Abschnitte „Entschleunigung“, „Effizienz“, „Koordination und Synchronisation“ sowie „Langfristorientierung und Futurisierung“.

4.1 Entschleunigung

Ein zentrales Thema der Zeitpolitik ist der Gedanke der Entschleunigung. Besonders der Diskursstrang „Ökologie der Zeit“ (vgl. Kapitel 4.1) schlägt hier eine explizite Verbindung. Die Slow-Bewegung sowie der von Peter Heintel gegründete „Verein zur Verzögerung der Zeit“ (www.zeitverein.com) sind zentrale Repräsentanten der Entschleunigungsthese. Eine bedeutende Rolle spielt zudem der zeitpolitische Diskurs innerhalb der Postwachstumsdebatte (vgl. Kapitel 4.3). Die Entschleunigung gilt als Antwort auf die vielfach technologisch bedingte Beschleunigung sozialer und wirtschaftlicher Prozesse (Rosa 2005). Begrifflich wird sie als ein bewusster Umgang mit Zeit, als die Kultivierung angemessener Geschwindigkeiten gesehen, um das eigene Wohlbefinden zu fördern, gesellschaftliche Prozesse zu steuern und schonend mit der Natur umzugehen. Sie basiert teils explizit auf der „Slow-Bewegung“ (Honoré 2004). Teils spiegelt sie sich eher implizit etwa in der Grünen-Losung „Ideen brauchen Zeit“ (Bündnis 90/Die Grünen 2015a, S. 5) wider.

Auf individueller Ebene geht es vor allem darum, kleine und große „Notausgänge“ sowie „Zeitinseln“ zu eröffnen (Reheis 2009), um dem Alltagsstress zu entfliehen, bewusster und nachhaltiger zu konsumieren (Spangenberg 2003). Die Fülle an Yogakursen, Mindfulness-Trainings sowie Büchern, Magazinen und Zeitungsartikeln für einen entspannten und nachhaltigeren Lebensstil (z. B. Spiegel-Online 2000; Giersch 2011; Korte 2015) zeugen von der Popularität dieses Themas. Zwar führt ein Plus an freier Zeit durch Entschleunigung nicht zwangsläufig zu einem Mehr an nachhaltigem Konsum. Vielmehr scheint dies wiederum stark von individuellen Zeitnutzungs- und Konsumpräferenzen abhängig zu sein (vgl. Kapitel 4.1; Buhl und Acosta 2015 zu Arbeitszeitreduktion). Gleichwohl wird die Entschleunigung des Alltags vielfach als zentrale Voraussetzung für ein nachhaltigeres Konsumverhalten gesehen (Spangenberg 2003).

Auf gesellschaftlicher Ebene spielt die Begrenzung von Geschwindigkeiten vor allem dort eine Rolle, wo Beschleunigung und Kurzfristigkeit zu gesellschaftlichem Kontrollverlust, Volatilität und unvorhersehbaren Risiken führen können. Propagiert wird daher unter anderem die Entschleunigung des Verkehrs (vgl. Raumzeitpolitik, Kapitel 4.1; Reheis 2007, Henckel 2014), der Finanzmärkte (Michler und Penatzer 2012) oder auch der Entwicklung und Markteinführung neuer Technologien im Sinne einer konsequenten Umsetzung des Vorsorgeprinzips (Fisahn 2004). In allen drei Bereichen wird dabei explizit auf Nachhaltigkeitsaspekte verwiesen, wie etwa die Verringerung der Umweltbelastung durch Verkehrsemissionen, die langfristige Stabilität von Kapitalmärkten, die Verfügbarkeit von Mitteln für Zukunftsinvestitionen (Stichwort Energiewende) sowie die Minimierung der Risiken künftiger Umweltschäden. Während verschiedene Entschleunigungspolitiken in Deutschland punktuell umgesetzt werden, etwa mit der Schaffung verkehrsberuhigter Zonen, der Begrenzung des Hochfrequenzhandels und der (größtenteils auf europäischer Ebene angesiedelten) im internationalen Vergleich recht strikten Risikoabschätzung für gentechnisch verändertes Saatgut, wird die Sinnhaftigkeit des Entschleunigungsgebots – trotz oder gerade wegen seiner Popularität – vehement diskutiert.

Kritiker nennen dabei vielfach eine vermeintliche Fortschritts-, Wachstums- und Innovationsfeindlichkeit (Werner 2013; Geyer 2012). Aber auch aus Nachhaltigkeitsperspektive wird Entschleunigung teils kritisch gesehen: Angesichts der globalen Krisen und Umweltprobleme sei es wichtiger, politisches Handeln zu beschleunigen als Nöte zu entschleunigen (KlimAktiv 2009). Beschleunigungskritiker wie Hartmut Rosa (2005) oder Byung-Chul Han (2009) betonen, dass eine allgemeine Entschleunigung das Problem nicht löse. Selbst explizite „Entschleuniger“ wie Carl Honoré (2004) erklären, es ginge nicht um ein generelles „Langsamer“, sondern eher um die jeweils angemessene Geschwindigkeit. Daneben besteht mit den Akzelerationisten auch von kapitalismuskritischer Seite her eine Gruppe dezidiert Entschleunigungsskeptiker. Als neu etablierte politikphilosophische Denkschule, die sich dem ebenfalls recht neuen, spekulativen Realismus zuschreibt, vertritt der Akzelerationismus die These, dass altlinke Formen des Widerstands in einem beschleunigten Kapitalismus ineffektiv und unbrauchbar geworden seien. Entschleunigung sei ein hilfloser Versuch, sich der unaufhaltsamen Beschleunigung entgegenzustellen. Stattdessen müssten Beschleunigung und Technologie aktiv genutzt sowie radikal-progressive Zukunftsvisionen vorangetrieben werden, um den neoliberalen Kapitalismus zu überwinden und Probleme wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust in den Griff zu bekommen (Means 2015).

4.2 Effizienz

Ein weiteres zentrales Element der zeitpolitischen Diskussion ist die Effizienz. Zeitpolitische Initiativen sollen einen besseren und damit effizienteren Umgang mit der Zeit bewirken. Gerade bei Umweltfragen wird ein Effizienzgewinn, z. B. für die Nutzung von Flächen und Verkehrswegen, durch Zeitpolitik propagiert (Henckel 2014; Conseil Régional Nord-Pas de Calais 2011). Zugleich soll die Zeit – je nach Position – entschleunigt und von äußeren Zwängen befreit werden, sollen zeitliche Vielfalt, Eigenzeiten und Partizipation bei der Aushandlung kollektiver Zeitarrangements geschützt und gefördert werden (Mückenberger 2004). Hierbei steht die Zeitpolitik in einem ähnlichen Spannungsverhältnis zum Effizienzgedanken wie die Umweltpolitik. Einerseits soll der Fokus auf Zeitnutzung, etwa im Kontext lokaler Zeitpolitik, zu einer höheren Effizienz durch bessere Auslastung einzelner Angebote führen (BMFSFJ 2014). Andererseits sollen zeitliche Spielräume entstehen, die einer ökonomischen Effizienz- und Maximierungslogik zuwiderlaufen (ebd.).

Effizienzsteigerungen im Zeitlichen und Materiellen können zwar zu mehr verfügbarer Zeit bzw. einem geringeren Ressourcenverbrauch führen. Allerdings bewirken Reboundeffekte, also die anderweitige Nutzung von Zeit und Ressourcen, dass die gewonnenen Zeit- bzw. Umweltressourcen häufig wieder verbraucht werden (Buhl und Acosta 2015). Die Zielsetzung der Effizienz benötigt somit auch in der Zeitpolitik einen zusätzlichen Fokus auf Suffizienz bzw. Konsistenz.

4.3 Koordination und Synchronisation

Koordination und Synchronisation stehen im Zentrum von Zeitpolitik. Es geht darum, den verschiedenen sowie den gemeinsamen Zeitbedürfnissen verschiedener Akteure gerecht zu werden und durch geeignete Maßnahmen in Einklang zu bringen. Indem sich die mehr oder weniger einheitlichen Zeitrhythmen und kollektiven Zeitinstitutionen des fordistischen Gesellschaftsmodells zunehmend auflösen, wird es als Impetus gesehen, sich verstärkt mit dem Thema Zeitpolitik auseinanderzusetzen (Mückenberger 2004; Rinderspacher 2002). Im Kontext der Ökologie der Zeit und der ökosozialen Zeitpolitik (siehe Kapitel 4.1; Adam et al. 1997; Hofmeister und Spitzner 1999) geht es nicht nur um die Synchronisation verschiedener Eigenzeiten von Individuen mit sozialen Zeiten. Erforderlich ist vielmehr auch eine Synchronisation mit den Zeiten der Natur und den Eigenzeiten verschiedener Lebewesen und Ökosystemprozesse (ebd.). Trotz einer verstärkt konflikthafter Beziehung zwischen sozialen Zeiten und natürlichen Zeiten, die in dieser Betrachtungsweise als Ursache für unsere aktuellen Umwelt- und Nachhaltigkeitskrisen gilt, sind soziale Zeit und natürliche Zeit nicht als getrennte Sphären im

Sinne einer Gesellschaft/Umwelt-Dichotomie zu verstehen, sondern als interdependente Zeitformen, die sich gegenseitig bedingen und beeinflussen. Gerade die biologischen Zeitrhythmen des Menschen setzen sichtbare Rahmenbedingungen für unsere gesellschaftlichen Zeitinstitutionen. Das zeitpolitische Modellprojekt „Chronocity“ in Bad Kissingen (www.badkissingen.iunctio.de; vgl. Kapitel 4.1) setzt an dieser Stelle an und fördert die Abstimmung von Dienstleistungen und Zeitarrangements mit den natürlichen Chronotypen von Verwaltungsangestellten, Touristen und Kurgästen.

Ähnlich lassen sich viele Tierschutzmaßnahmen verstehen. Die Bandbreite einer sozialökologischen Zeitpolitik reicht von der selektiven Abschaltung von Offshore-Windkraftanlagen zum Schutz von Zugvögeln zu Zeiten starker Migrationsbewegungen (Hüppop et al. 2009) bis zur Sperrung von Straßen während der Krötenwanderung (Kuschka 2010). Ebenso lassen sich die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern im Sinne von Carlowitz (1732), die nachhaltige Bodenbewirtschaftung (Scheinost 1995) oder die klimaverträgliche Verteilung von Emissionen über längere Zeiträume (und damit die drastische Reduktion von Treibhausgasen) als zeitpolitische Probleme erfassen und durchdenken. Folgen wir den Vertreter/innen einer ökosozialen Zeitpolitik, ermöglicht dies einen vielversprechenden Zugang zu einer Vielzahl tradierter Umwelt- und Nachhaltigkeitsprobleme (Hofmeister und Spitzner 2013).

Neben der politischen Gestaltung von und der Bemühung, soziale und ökologische Zeitstrukturen besser zu koordinieren und zu synchronisieren, befassen sich ähnliche Zeitdiskurse – gerade auch im Kontext von Nachhaltigkeit – mit Fragen der (Eigen)zeit von Politik als solches (Reisch und Bietz 2014). Während die strategische Nutzung von Zeitkorridoren und Gelegenheitsfenstern wohl bei jeder politischen Handlung eine Rolle spielt, rückt sie in der Forschung zu Zeiten der Politik verstärkt in den Fokus. So beschreibt die „Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik“ in ihrem „Zeitpolitischen Glossar“ verschiedene Zeitstrategien in der Politik, die Koordination hervorbringen oder unterlaufen. Sie reichen vom Aussitzen von Problemen bis hin zum Filibuster, der Dauerrede im Parlament zur Verzögerung von Abstimmungen (Heitkötter und Schneider 2007). Allerdings ist die Forschungslage hierzu oft noch recht dünn (Pierson 2004).

4.4 Langfristigkeit und Futurisierung

Ein zentrales Thema im Sinne von „Zeiten der Politik“ (Reisch und Bietz 2014) ist das der Länge und Konstitution politischer und gesellschaftlicher Zeithorizonte. Mit der Entdeckung von „Deep Time“ (Wilkinson 2005) in Physik, Geologie und Weltraumforschung haben sich die gesellschaftlichen Zeithorizonte extrem erweitert. Zugleich wurden im politischen Bereich – gerade im Kontext von Klimapolitik und Nachhaltigkeitsforschung – innovative Visions- und Szenarioprozesse entwickelt, um in die Zukunft zu planen (Chapin et al. 2010). Jedoch wird auch der Verlust von Vergangenheit und Zukunft, an dessen Stelle eine „verlängerte Gegenwart“ (Nowotny 1989) getreten sei, bedauert. Die Risikogesellschaft, wie Ulrich Beck (2007) prominent formuliert, bewegt sich von Krise zu Krise. Statt langfristig zu steuern, stehen das Management und der Erhalt des Status quo, maximal noch die Schaffung von Resilienz gegenüber den Gefahren einer ungewissen Zukunft, im Vordergrund. Doch selbst eine Politik der Katastrophenvorsorge stößt in den Augen zahlreicher Kommentatoren auf systemische Hindernisse des Politikbetriebs. Dazu gehört besonders die Kürze der Legislaturperiode, die langfristiges Handeln nicht belohnt. Es gibt inzwischen zeitpolitische Vorschläge, dies zu ändern. Dazu gehört etwa die durch Norbert Lammert angestoßene Debatte, die Legislaturperiode des Bundestags von 4 auf 5 Jahre zu verlängern (Spiegel Online 2015). Hinzu kommen Konzeptionen, die demokratische Ordnung so umzugestalten, dass sie von Bürger/innen mehr Partizipation fordert und den Einfluss von Experten stärkt, deren professionelles Anreizsystem wiederum langfristige Entscheidungen fördere (Kruse 2011). Die Frage der Langfristigkeit hängt dabei eng mit dem Begriff der Futurisierung zusammen.

Die Futurisierung, also das Verlagern in die Zukunft, wird im Kontext der Nachhaltigkeit mit zwei verschiedenen, sich gegenseitig bedingenden Bedeutungen belegt. Einerseits steht sie für das Vertagen

oder die Untätigkeit gegenüber Problemen, die ihre Ursache zwar in unserem gegenwärtigen Handeln haben, in ihrer Konsequenz aber erst sehr viel später wirken. Dies betrifft besonders die Bereiche „Umwelt“, „Staatsverschuldung“ und „Rentenfinanzierung“. Diese Futurisierung von Problemen wird vielfach als die zeitpolitische Grundproblematik einer nicht nachhaltigen Entwicklung lamentiert (Tremmel 2005). Eine zweite Form der Futurisierung bezieht sich hingegen auf die Lösung dieser Probleme im Sinne einer Verantwortung für unsere Handlungen, die sich – im Sinne der Langfristigkeit – auf die Zukunft ausdehnt. Die Brundtland-Erklärung (1987) hat sie mit dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit popularisiert und zu einem globalen Politikziel ausgerufen: Der Nachhaltigkeitsdiskurs basiert zu großen Teilen auf dieser Futurisierung von Verantwortung. Folgen wir beispielsweise Claus Leggewie (2011), ist ein verändertes Verständnis unserer liberalen Grundordnung erforderlich, um diese Verantwortung umzusetzen und zu operationalisieren. Nach dem populären Grundsatz John Stuart Mills sei es nur legitim, die Freiheit zum Schutze anderer, nicht jedoch des Betroffenen, einzuschränken. Inzwischen würden jedoch verschiedene Formen des Paternalismus – im liberalen Sinne in Form von Nudging (Thaler und Sunstein 2009) sowie als zwingender Paternalismus (Conly 2013) – diskutiert. Am Ende gehe es aber um freiwillige Selbstbeschränkung zum Schutz der Freiheit künftiger Generationen und damit um eine Futurisierung des liberalen Grundgedankens. Indem der Grundsatz der Generationengerechtigkeit in Verfassungen und Grundgesetzen aufgenommen wurde, ist inzwischen auch in der rechtswissenschaftlichen Diskussion von einer „Futurisierung des Rechts“ (Appel 2005) die Rede, in der langfristige Konsequenzen von Handlungen verstärkt in der Gesetzgebung und -auslegung einbezogen werden.

Neben der breiteren Diskussion für eine langfristige Politik thematisiert die Zeitpolitik die Frage längerfristiger Zeithorizonte auch im Kontext ihrer (teils prospektiven) Anwendungsbereiche. In der Raum- und Umweltplanung etwa wird Langfristigkeit explizit als zeitpolitisches Ziel diskutiert (Hofmeister 2007). Zeitwirksamkeitsprüfungen für Infrastruktur- und Umweltschutzprojekte sollen demnach raumzeitliche Polarisierungen oder Konflikte mit längerfristigen, ökologischen Zeitzyklen – auch in Bezug auf Stoffströme (Held et al. 2000) – frühzeitig aufdecken und ein Entgegensteuern ermöglichen. Im Rahmen von Familienzeitpolitik wird zudem – bereits in der Praxis – eine lebenslauforientierte Familien- und Sozialpolitik eingeführt. Diese orientiert Sozialleistungen und Arbeitspolitik verstärkt an der langfristigen Entwicklung der Zielgruppen über deren gesamten Lebensverlauf (BMFSFJ 2006, 2012).

5 Verbindungen zu anderen Diskursen

Die Diskurse zu Zeitpolitik beziehen sich, gerade aufgrund ihres Querschnittscharakters, auf eine Vielzahl verschiedener Themengebiete. Würden diese hier alle ausführlich abgehandelt, würde es den Rahmen des Papiers sprengen. Das vorliegende Kapitel konzentriert sich daher auf die Debatten zu den Themen „Postwachstum“ sowie „Gutes Leben und alternative Wohlfahrtsindikatoren“ als zwei besonders relevante Verbindungen.

5.1 Postwachstum

In den letzten Jahren hat das Thema „Postwachstum“ national und international stark an Bedeutung gewonnen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass den vielfältigen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Krisen – zumindest in der westlichen Welt – nicht durch weiteres Wachstum zu begegnen sei, sondern dass das Wachstum selbst zunehmend Teil des Problems sei, hat sich der Diskurs dazu in den sozialen Bewegungen etabliert (Brand 2015). Bei der Debatte geht es vor allem um die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer materialintensiven, von großen Einkommensunterschieden geprägten Wirtschaft. Zudem befasst sie sich mit den Folgen einer Krisenpolitik, die den Erhalt und die Wiederherstellung von Wachstum als oberste Priorität anstrebt. Hinzu kommen zeitbezogene Probleme

wie Stress und Burnout (ebd.), die durch einen beschleunigten und auf immer mehr Beschleunigung ausgelegten „Turbokapitalismus“ (Reheis 2009) entstehen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die zeitpolitische Debatte zu Entschleunigung und Zeitwohlstand als Verschmelzung der Diskurse zu Postwachstumspolitik und Zeitpolitik sehen. Mit der Forderung nach Zeitwohlstand als Alternative zu einer weiteren Steigerung von materiellem Besitz wird rein wirtschaftliches Wachstum zumindest relativiert. Zugleich wird es um die Zeitkomponente ergänzt. Der Wunsch, „aus dem Hamsterrad auszusteigen“, ist meist mit dem Bedürfnis nach Entschleunigung verbunden (Leitschuh-Fecht 2012). Er stellt sich dabei explizit gegen den Zwang zur Teilnahme am wirtschaftlichen Wachstum. Gerade die jüngere Bewegung von Zeitpionieren ist mit ihrer sozialökologischen Zeitpolitik eng mit dem Postwachstumdiskurs verbunden. Der Sammelband zu Zeitwohlstand des „Konzeptwerks neue Ökonomie“ (2014), einer der Hauptorganisatoren der Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig, bündelt wachstumskritische Positionen zu Zeitpolitik und Zeitwohlstand. Eine Position vertritt die Ansicht, dass der – auch im allgemeinen zeitpolitischen Diskurs prominente – Aspekt temporaler Selbstbestimmung nicht durch Arbeit an sich eingeschränkt werde, sondern durch das extrinsische, monetäre Anreizsystem einer wachstumsfokussierten Marktwirtschaft. Eine Wirtschaftsweise, die auf intrinsischer Motivation basiere, wie sie in Commons-Ansätzen und der Peerproduktion – etwa bei der offenen Softwareentwicklung – bereits teilweise praktiziert werde, könne ein erfüllenderes Arbeitsleben und somit größeren Zeitwohlstand herstellen (Habermann 2014). Eine andere Perspektive, vertreten u.a. von Niko Paech (2014), bezieht sich auf die Herstellung von Zeitwohlstand durch die Befreiung von „Wohlstandsschrott“ (S. 42). Der übermäßige Konsum der Wachstumsgesellschaft führe nicht nur zu Umweltproblemen, sondern verhindere Genuss und Selbstverwirklichung in der Zeit; Zeitwohlstand sei somit nur durch Rückbesinnung auf Suffizienz und Subsistenz zu erreichen.

Während sich Ansätze dieser Argumentationslinien in vielen Interpretationen und Debatten zu Zeitpolitik wiederfinden, lässt sich diese jedoch nicht per se als Postwachstumdiskurs verstehen. Gerade im Kontext der zeitpolitischen Bemühungen des BMFSFJ (2014) werden wachstumsfördernde Aspekte explizit hervorgehoben. Zudem geht die Forderung, verschiedene Rhythmen und Eigenzeiten stärker zu berücksichtigen, nicht unbedingt mit Wachstumskritik einher.

5.2 Gutes Leben und alternative Wohlfahrtsindikatoren

Ein weiterer wichtiger Bezug ist der vielschichtige Diskurs zum guten Leben. Er befasst sich mit den Determinanten von Lebensqualität, die über materiellen Wohlstand hinausgehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich ein „gutes Leben“ gesamtgesellschaftlich definieren lässt und welche Indikatoren dies – alternativ oder gemeinsam mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) – abbilden können. Die Pluralität von Lebensentwürfen und die Frage, wie sich die gesamtgesellschaftliche Konzeption eines guten Lebens mit den liberalen Grundsätzen unserer Gesellschaft vereinbaren lässt, führen zu einer schwierigen Ausgangslage. Ein Ansatz, um dieser Schwierigkeit gerecht zu werden, besteht darin, sich mit den ganz allgemeinen Rahmenbedingungen von Wohlfahrt zu befassen. Dies wird bereits bei aggregierten, als BIP-Ersatz konzipierten Indikatoren, die Faktoren wie Umwelt, Gesundheit und unbezahlte Arbeit in das BIP einpreisen, versucht. Dazu zählen der „Index of Sustainable Economic Welfare“, der „Genuine Progress Indicator“ (Lawn 2003) oder der „Nationale Wohlfahrtsindex“ (Zieschank und Diefenbacher 2012). Dashboardlösungen – wie die Indikatorik der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie oder der Ansatz der Enquete-Kommission des Bundestags „Wachstum-Wohlstand-Lebensqualität“ (Bundestag 2013) – werden ebenfalls diskutiert und angewandt. Populär sind zudem Ansätze, das subjektive Glück im Sinne eines Bruttonationalglücks zu messen. Hierbei wird ein gutes Leben mit einem glücklichen gleichgesetzt. Daneben wird mit Prozessen, wie etwa der Dialogreihe von Bundeskanzlerin Angela Merkel „Gut leben in Deutschland“, versucht, ein gesellschaftlich legitimes Bild davon zu zeichnen, was ein gutes Leben ausmacht, um sodann die politischen Entscheidungen entsprechend auszurichten.

Der Diskurs zu Zeitpolitik sowie besonders zu Zeitwohlstand gilt ebenfalls als Merkmal oder Instrument für ein gutes Leben. Er spielt in der Debatte teils implizit, teils explizit eine wichtige Rolle. Ulrich Mückenberger beispielsweise betitelte ein Buch mit „Lebensqualität durch Zeitpolitik“ (2012). Die Bemühung um Ideen, wie sich unterschiedliche Zeitrhythmen und -interessen koordinieren lassen, schafft erst die Voraussetzung dafür, Lebensqualität im Sinne eines guten Lebens zu realisieren. In den bereits beschriebenen Diskurssträngen zu Postwachstum und Entschleunigung wird dies besonders deutlich und äußert sich etwa in der Forderung für „ein gutes Leben mit Zeitwohlstand“ (Kirschenmann 2014). Dies schlägt sich auch in der Indikatorenendebatte nieder. So schlagen Lucia Reisch und Sabine Bietz vor, Zeitwohlstand als Lebensqualitätsindikator in das Indikatorenset der Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen (2014). Im Bericht der Enquete-Kommission propagierte dies auch ein Sondervotum der Partei „Die Linke“, das die Sachverständigen Ulrich Brand und Norbert Reuter erstellten (Bundestag 2013). Allerdings ist nach wie vor unklar, wie genau Zeitwohlstand zu messen wäre. Folgt man Jurcyk (2011), müssten Indikatoren für die drei Dimensionen „Zeitbindung“ (bereichsspezifisch), „Verfügung über Zeit“ (kontextspezifisch) und „Wohlbefinden in der Zeit“ (subjektiv) entwickelt werden. Vor allem die Frage nach der Verfügung über Zeit sei jedoch nur schwer zu erfassen.

6 Schlussfolgerungen im Hinblick auf das Leitbild Nachhaltige Entwicklung

Die obige Betrachtung des Diskurses zu Zeitpolitik zeigt deutlich, wie sehr dessen Bedeutung gestiegen ist. Obwohl das Thema sicher noch nicht im Zentrum der politischen Diskussion angekommen ist, wird es jedoch zunehmend im Bereich der Familienpolitik sowie in allgemeineren Diskussionen aufgegriffen, etwa durch Bündnis 90/Die Grünen. Es ist absehbar, dass der Diskurs an Fahrt gewinnen wird und dadurch Möglichkeiten zur weiteren Beschleunigung und Gestaltung sowie zur Einflussnahme entstehen. Ein wichtiges, für das politische Potenzial vorteilhaftes Merkmal ist, dass der Diskurs relativ homogen ist und somit eine vergleichsweise geringe Angriffsfläche aufweist. Da die zeitpolitische Dimension in vielen Politikbereichen kaum ausgeleuchtet ist, finden sich nur selten explizite Gegner einer zeitpolitischen Agenda. Allerdings ist der Diskurs noch recht fragmentiert und vielfach abstrakt. Dadurch ist er mitunter schwer vermittelbar.

Bezüglich konkreter Chancen, das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ weiterzuentwickeln, lassen sich -- besonders aus umweltpolitischer Perspektive – durchaus verbindende Elemente identifizieren. Diese könnten eine **gemeinsame Basis** befördern, um das Nachhaltigkeitsleitbild über Ressortgrenzen hinweg zu stärken. Hinzu kommen **prozedurale Aspekte**, die für die Umsetzung des LNE relevant sind, sowie **Zielsetzungsaspekte**, die explizit mit umwelt- und nachhaltigkeitspolitischen Zieldimensionen in Verbindung stehen. Der zeitpolitische Diskurs bietet – beim Schaffen eines gemeinsamen Grundverständnisses sowie bei den prozeduralen Aspekten – interessante Ansatzpunkte. Bei den Umweltfragen sind zwar die Zielsetzungsaspekte schon vielfach angelegt. Allerdings sind sie noch stärker herauszuarbeiten. Im Folgenden werden die Chancen thesenartig und teilweise aus unterschiedlichen Blickwinkeln formuliert und abschließend mögliche Risiken diskutiert.

6.1 Chancen

6.1.1 Gemeinsame Basis

Themen der Zeitpolitik bieten individuelle Anknüpfungspunkte, die traditionelle und progressive Gesellschaftsgruppen verbinden

Der Diskurs zu Zeitpolitik wird verstärkt aus Wissenschaft und Politik heraus betrieben. Er bietet über die Themen „Zeitwohlstand“ und „Entschleunigung“ vielfältige persönliche Anknüpfungspunkte, mit

denen sich die Menschen identifizieren können. Die Popularität von Ratgebern zu Zeitmanagement und Stressbewältigung zeugt von einem hohen Interesse, die gesellschaftlichen Zeitstrukturen zu verbessern. Das Thema „Zeitpolitik“ vereint verschiedene gesellschaftliche Gruppen und ist daher für breite Teile der Bevölkerung attraktiv. Diese können somit zu potentiell wirkungsvollen Diskursträgern werden. Der Fokus auf Familien spricht neben jungen Paaren mit Kinderwunsch auch die Wertvorstellungen traditionellerer Gruppen an. Zugleich genießt das Thema in progressiveren Milieus mit individuellen Lebensentwürfen einen hohen Stellenwert. Dies lässt sich daran erkennen, dass besonders Medien, die junge, urbane Zielgruppen ansprechen, sich mit dem Thema „Zeitwohlstand“ befassen. Bei Zielgruppen mit niedrigeren Einkommen und geringerer Beschäftigungsquote könnte die Resonanz jedoch geringer ausfallen. Nichtsdestotrotz böte eine verstärkte Beschäftigung mit dem Thema „Zeitpolitik“ – auch im Kontext des LNE – die Möglichkeit, ein breiteres Publikum für Nachhaltigkeitsthemen zu sensibilisieren.

Probleme der Industriegesellschaft als gemeinsamer Ausgangspunkt

Ebenso wie das LNE fußt der Diskurs zu Zeitpolitik auf der Kritik an Problemen der Industriegesellschaft. So wie übermäßiger Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung, Biodiversitätsverlust und die Reproduktion sozialer Ungleichheit durch die moderne Gesellschaft den Ausgangspunkt für die Formulierung des LNE darstellt, wird die zunehmende Entgrenzung und Beschleunigung wirtschaftlicher und sozialer Prozesse im Kontext von Zeitpolitik zum Anlass genommen, sich verstärkt mit der Steuerung und Koordination zeitlicher Aspekte der Gesellschaft zu befassen und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Die enge Verknüpfung beider Problemhintergründe könnte eine Grundlage bieten, um die Diskurse zu Zeitpolitik und Nachhaltigkeit/LNE enger miteinander zu verknüpfen. Zugleich könnte eine zeitpolitisch motivierte Diskussion zu den Problemen der modernen Industriegesellschaft das Problembewusstsein für originäre Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen – über Ressortgrenzen und verschiedene Gesellschaftsgruppen hinweg – stärken.

6.1.2 Prozessuale Dimension

Zeitpolitik kann systemische Perspektiven fördern

Gerade die wissenschaftliche Beschäftigung mit gesellschaftlichen Zeitproblemen verdeutlicht deren systemischen Charakter. Eine integrierte und systemische Perspektive auf Zeitpolitik, wie sie besonders im Kontext lokaler Zeitpolitik und dem Diskurs zur Ökologie der Zeit sowie zur sozialökologischen Zeitpolitik zu beobachten ist, könnte dazu beitragen über die reine Zeitpolitik hinaus eine systemische Denkweise zu fördern. Sollte sich eine integrierte Betrachtung komplexer Zeitstrukturen in verschiedenen Politikfeldern durchsetzen, ließen sich neue Querverbindungen schlagen und verstärkt systemische Lösungsansätze entwickeln. Auf Prozessebene würde dies erheblich dazu beitragen, das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ umzusetzen.

Zeitpolitik kann längerfristiges Denken in der Politik fördern

Die Debatte zu Zeitpolitik integriert neben ihrer inhaltlichen Dimension – vor allem über den Diskursstrang zu sozialökologischer Zeitpolitik – zunehmend auch Fragen der zeitlichen Aspekte und Perspektiven innerhalb des Politikprozesses. Zugleich kann der Diskurs als solches ein reflektierteres Verständnis von Zeit als relevante Dimension in anderen Politikbereichen befördern. Die intensivere Auseinandersetzung mit diesen temporalen Aspekten kann die Probleme kurzfristiger Politik verdeutlichen und langfristige Perspektiven stärken.

Zeitpolitik kann eine differenzierte Sicht auf Effizienz stärken

Da sich der Effizienzgedanke in der Zeitpolitik in einem ähnlichen Spannungsverhältnis befindet wie in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, kann Zeitpolitik auch in anderen Politikbereichen erheblich

zu einem differenzierten Verständnis von Effizienz beitragen. Dadurch könnte mehr Raum und Legitimation entstehen, um die negativen Begleiterscheinungen einer monodimensionalen Effizienzpolitik verstärkt zu betrachten. Dies wiederum ist auch im Hinblick auf das LNE von Bedeutung.

Zeitpolitik kann Experimentierräume für neue Formen der Partizipation schaffen

Zeitpolitik hat – besonders bei ihrem Fokus auf der lokalen Ebene – einen deutlichen, basisdemokratischen Anspruch. Denn beim Aufbau von Zeitbüros und beim Aushandeln von Zeitkonflikten geht es auch um eine verstärkte Beteiligung der betroffenen Anspruchsgruppen. So gesehen, kann Zeitpolitik wesentlich dazu beitragen, neuartige, partizipative Politikformen zu erproben. Diese können sodann ebenfalls in andere Bereiche ausstrahlen. Werden im Kontext des LNE zeitpolitische Partizipationsexperimente gefördert, entstehen dadurch Erfahrungswerte, um erfolgversprechende Beteiligungsformen zu verbreiten.

6.1.3 Zieldimension

Entschleunigung kann Suffizienz attraktiver machen

Der Diskurs zu Zeitpolitik kreist in vielerlei Hinsicht um den Begriff der Entschleunigung. Sowohl eher wachstumskritische als auch weniger explizite Diskurslinien heben die Bedeutung angepasster Zeitrhythmen sowie der Mehrung von Muße und Zeitwohlstand hervor. Zugleich transportiert der Begriff der Entschleunigung, etwas vereinfacht, ein „weniger ist mehr“, ohne dabei Konnotationen von Aufopferung und Verzicht hervorzurufen. Nicht Frugalität und altruistischer Konsumverzicht zur Rettung des Planeten, sondern Hedonismus und Genuss durch Rückbesinnung auf das Maßvolle und Genügende stehen im Vordergrund. Der Suffizienzgedanke im Kontext von Entschleunigung und Zeitwohlstand wird so weniger als freiheitsbeschränkend denn als freiheitsfördernd verstanden. Eine stärkere Beschäftigung mit dem Thema im Kontext von Zeitpolitik – auch im Rahmen des LNE – böte die Möglichkeit, das Thema Suffizienz zu popularisieren und für umweltpolitische Belange attraktiver zu machen.

Bezug zum guten Leben kann eine andere Sicht auf Wohlstand fördern

Die enge Verknüpfung der Diskurse zu Zeitpolitik und Zeitwohlstand sowie über das gute Leben erlaubt es, mit der Diskussion über alternative Formen und Verständnisse von Wohlstand in neue Bereiche und Gesellschaftsschichten vorzudringen. Mit seinen vielfältigen thematischen Anknüpfungspunkten bietet der zeitpolitische Diskurs einen interessanten Ansatz, um – über die Zeitdimension hinaus – gesellschaftliche Werte und Zielsetzungen stärker zu reflektieren. Fragen von Generationengerechtigkeit und Lebensqualität, sozialem Zusammenhalt und internationaler Verantwortung ließen sich so im Sinne eines inklusiven und nachhaltigen Wohlstandsverständnisses diskutieren und weiterentwickeln.

Zeitpolitik kann Umweltthemen stärken

Ogleich vielfach noch nicht explizit in die Diskussion integriert, bietet die zeitpolitische Agenda interessante Ansätze, um Umweltthemen zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bezüge zwischen den Systemzeiten ökologischer Prozesse und gesellschaftlichen Zeitstrukturen, die verstärkt über den Diskurs zur Ökologie der Zeit thematisiert werden. Daneben zeigen lokale Zeitpolitikprojekte im Ausland, wie sich umweltpolitische Ziele verstärkt in Zeitpolitik einpassen lassen. In Italien integriert die Stadt Bozen etwa die Ziele, urbane Mobilitätskonzepte umwelt- und bürgerfreundlich auszugestalten und die Umweltqualität zu verbessern, in ihre zeitpolitische Agenda (Italienisches Institut für Umweltschutz und Umweltforschung, ISPRA 2015). In Frankreich plant die Region Nord-Pas de Calais eine umfangreiche, nachhaltigkeitsfokussierte Zeitpolitikstrategie. Sie soll Dienstleistungszeiten verbessern, Verkehrswege minimieren, Staus verhindern, zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen, Wirtschaftswachstum fördern und natürliche Ressourcen schützen. Bezüglich der Umwelteffekte zeitpolitischer Maßnahmen wird vor allem auf die Effizienzgewinne durch die intelligentere Nutzung von Räumen im Zeitverlauf hingewiesen, wodurch sowohl Flächenverbrauch als auch Verkehrsaufkommen sinken könnten (Conseil Régional Nord-Pas de Calais 2011).

6.2 Risiken

Mögliche Fokussierung auf das Individuum kann zu erhöhtem Ressourcenverbrauch führen

Zwar kann eine verbesserte Koordination verschiedener Zeitnutzungsstrukturen Ressourcenverbräuche reduzieren. Jedoch besteht auch eine gewisse Gefahr, dass der Fokus auf individuelle Zeitautonomie sowie das Ermöglichen maximaler Freiheit bezüglich individueller Zeitnutzungsentscheidungen den Ressourcenverbrauch erhöhen. Werden Umwelt- und Effizienzgesichtspunkte nicht genügend mitbedacht, könnte dies – etwa um Nutzungsspitzen in der räumlichen Infrastruktur zu decken oder bei einer mangelnden Auslastung der Massentransportmittel – den Flächen- und Energiebedarf erhöhen. Zeitpolitik sollte daher – wie im Diskurs bisher bereits an einigen Stellen verankert – immer im Kontext einer umfassenden Berücksichtigung umweltpolitischer Gesichtspunkte gedacht werden. Ein Aufgreifen des Diskurses im Rahmen des Leitbilds „Nachhaltige Entwicklung“ könnte möglichen Fehlentwicklungen vorbeugen.

Entschleunigung an der falschen Stelle kann die Lösung von Problemen bremsen

Zwar handelt es sich hierbei eher um eine ungewollte Nebenerscheinung eines nachhaltigkeitsaffinen Themas. Dennoch könnte die Popularisierung des Entschleunigungsdiskurses bewirken, dass wichtige gesellschaftliche Veränderungen – und sogar eine nachhaltige Entwicklung – gebremst werden. Neben der oder gar anstatt der Entschleunigung von Prozessen, die durch übermäßige Beschleunigung dysfunktional geworden sind, unsere natürlichen Lebensgrundlagen beeinträchtigen oder mit einer Verringerung von Lebensqualität einhergehen, könnten sich wichtige Prozesse sozialer und technischer Innovation verlangsamen, die für die Lösung akuter und langfristiger Krisen sowie für die Bekämpfung von Unterdrückung, Gewalt, Extremismus und Klimawandel bedeutend sind. Ein Fokus auf Entschleunigung, gerade von Protagonisten der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewegung, könnte, um die These akzelerationistischer Politikphilosophie aufzugreifen (vgl. Kapitel 6), dazu führen, mehr und mehr von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung abgehängt zu werden und damit an Einfluss zu verlieren.

Fokus auf Synchronisationsfragen könnte Kurzfristigkeitsdenken fördern

Den zeitpolitischen Diskurs dominieren Synchronisations- und Koordinationsfragen für eher kurze Zeiträume. Arbeits- und Öffnungszeiten, die Taktung des öffentlichen Verkehrs und dergleichen beziehen sich auf Tage und Wochen, selten auf längere Zeitspannen. Eine verstärkte Beschäftigung mit diesen Fragen könnte somit dazu führen, dass längerfristige Prozesse und Probleme vernachlässigt werden und die – für umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Aspekte des LNE so wichtige – Langfristperspektive aus dem Blick gerät.

7 Anhang

7.1 Analyseraster

Zentrale Kriterien	Unterkriterien	Verbundene Fragestellungen
Allgemeine Einordnung des Diskurses	Zentrale thematische Eckpunkte	
	Diskursgenese, Diskursphase (Beginn, Verhärtung, Institutionalisierung, Abschluss etc.)	Wie ist der Diskurs entstanden? Wie weit ist er entwickelt?
	Diskursintensität/Radikalität	Wie weitreichend sind die diskutierten/geforderten Veränderungen?

Akteurspositionen und Diskurskoalitionen	Akteure und Akteurspositionen	Wer sind die relevanten Akteure innerhalb des Diskurses? Wer besetzt welche Akteurspositionen?
	Diskurskoalitionen	Welche Diskurskoalitionen lassen sich identifizieren? Wessen Interessen werden bedient?
Zentrale Storylines	Storylines	Welche Storylines sind zentral für den Diskurs und von welchen Diskurskoalitionen werden sie bedient?
Bezüge des Diskurses zur politischen Ordnung	Anschluss- und Innovationsfähigkeit	Wie anschlussfähig an das Leitbild nachhaltige Entwicklung ist der Diskurs? Was sind Stärken des Diskurses in Bezug auf eine Weiterentwicklung des LNE? Was sind weitere relevante Paralleldiskurse?
	Konfliktpotenzial und Risiken, Widersprüche, Kontroversen	Welche Hemmnisse und Widerstände gegen den Diskurs lassen sich beobachten? Welche Risiken und Schwächen lassen sich im Hinblick auf eine Weiterentwicklung des LNE identifizieren?
	Einflusspotenzial	Wie politisch wirkmächtig ist der Diskurs?

Quelle: Eigene Darstellung

7.2 Übersicht zur Dokumentenanalyse nach Akteursfeldern

Arena	Akteur	Dokumententyp/ Quelle	Anzahl	
Politik	Bundesregierung	Zentral verfügbare Publikationen	46	
	Bundestag	Bundestagsdokumente	71	
	Parteien	SPD		35
		CDU		1
		CSU		3
		B90/Die Grünen		38
		Die Linke		2
		FDP		2
	Parteistiftungen	Konrad-Adenauer-Stiftung		9
		Friedrich-Ebert-Stiftung		14
		Heinrich-Böll-Stiftung		1
		Hanns-Seidel-Stiftung		5
		Rosa-Luxemburg-Stiftung		11
	Gesellschaft	Leitmedien	Spiegel & Spiegel Online	8
FAZ			18	
ZEIT und Zeit online			20	
Süddeutsche			11	
BILD			9	
Tagesspiegel			0	
NGOs und Verbände		NABU	0	
		BUND	0	
		DNR	0	
		Greenpeace	0	
		WWF	0	
		DGB	1	
			0	
Wirtschaft	Wirtschaftspresse	Handelsblatt	6	
		Wirtschaftswoche	0	
		Capital	0	
		brand eins	1	
	Branchenverbände	BDI	0	
		BDA	0	
		DIHK	0	
			0	

Quelle: Eigene Darstellung

8 Literaturverzeichnis

- Adam, Barbara (1988): Social versus natural time: A traditional distinction re-examined. In: *The rhythms of society*, S. 198-226.
- Adam, Barbara (1996): Re-vision: the centrality of time for an ecological social science perspective. In: Scott Lash, Bronislaw Szerszynski und Brian Wynne (Hg.): *Towards a New Ecology. Risk, Environment and Modernity*. London: Sage Publications, S. 84-103.
- Adam, Barbara (2002): The gendered time politics of globalization: Of shadowlands and elusive justice. In: *Feminist Review* 70 (1), S. 3-29.
- Adam, Barbara; Geißler, Karlheinz; Held, Martin; Kümmerer, Klaus; Schneider, Manuel (1997): Time for the Environment: The Tutzing Time Ecology Project. In: *Time & Society* 6 (1), S. 73-84. DOI: 10.1177/0961463X97006001005.
- Althammer, Jörg; Bär, Dorothee; Honekamp, Ivonne; Kürschner, Isabelle; Schwarze, Johannes; Thiessen, Barbara (2010): Instrumente der Familienpolitik. Politische Studien 430. Hanns-Seidel-Stiftung. Online verfügbar unter http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/PS-430.pdf, zuletzt aktualisiert am April 2010, zuletzt geprüft am 28.07.2015.
- Appel, Ivo (2005): Staatliche Zukunfts- und Entwicklungsvorsorge: zum Wandel der Dogmatik des öffentlichen Rechts am Beispiel des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung im Umweltrecht: Mohr Siebeck (125).
- Aschoff, Jürgen (Hg.) (1960): *Exogenous and endogenous components in circadian rhythms*: Cold Spring Harbor Laboratory Press (25).
- Bauman, Zygmunt (2013): *Liquid modernity*: John Wiley & Sons.
- Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft*. In: *Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt aM: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich; Giddens, Anthony; Lash, Scott (1994): *Reflexive modernization: Politics, tradition and aesthetics in the modern social order*: Stanford University Press.
- Beck, Ulrich; Lau, Christoph (2005): Second modernity as a research agenda: theoretical and empirical explorations in the 'meta-change' of modern society. In: *The British journal of sociology* 56 (4), S. 525-557.
- Becker, Uwe (2006): *Sabbat und Sonntag*. In: *Plädoyer für eine sabbattheologisch begründete kirchliche Zeitpolitik*. Neukirchen-Vluyn: Neukirchner Verlag.
- Benussi, V. (1913): *Psychologie der Zeitauffassung*. Heidelberg: Winter.
- Bergmann, Werner (1983): Das Problem der Zeit in der Soziologie. Ein Literaturüberblick zum Stand der „zeitsoziologischen“ Theorie und Forschung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*.
- Bergson, Henri (1904): *Essai sur les données immédiates de la conscience*: Félix Alcan.
- BMAS (2005): *Sozialbericht 2005*. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online verfügbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a101-05-sozialbericht-2005-864.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aktualisiert am 01.08.2005, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMAS (2011): *Evaluation des Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen („Flexi II“-Gesetz)*. Forschungsbericht 418. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online verfügbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/fb418-flexi-II-gesetz-studie.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aktualisiert am 07.11.2011, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMAS (2013a): *Fortschrittsbericht 2012 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung*. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online verfügbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2013/fortschrittsbericht-fachkraefte-2013-01.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aktualisiert am 08.02.2013, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMAS (2013b): *Sozialbericht 2013 – Broschüre*. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online verfügbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/sozialbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aktualisiert am 03.07.2013, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMFSFJ (2006): *Siebter Familienbericht : Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/7.-familienbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt aktualisiert am 25.04.2006, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMFSFJ (2009): *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/buergerschaftliches-engagement-bericht-wzb-pdf,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt aktualisiert am 06.08.2009, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMFSFJ (2012): *Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik*. Achter Familienbericht. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Achter-familienbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

- BMFSFJ (2014): Kommunale Zeitpolitik für Familien - Ein Leitfaden für die Praxis: Familien unterstützen, Standorte sichern, Unternehmen fördern. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Online verfügbar unter http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Kommunale-Zeitpolitik-f_C3_BCr-Familien-Leitfaden,property=pdf,be-reich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf, zuletzt aktualisiert am 23.06.2014, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMI (2011): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Bundesministerium des Innern. Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografiebericht.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aktualisiert am 26.10.2011, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMI (2012): Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung. Bundesministerium des Innern. Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografiestrategie.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aktualisiert am 25.05.2012, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- BMI (2013): Jedes Alter zählt. Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung am 14. Mai 2013. Bundesministerium des Innern. Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/ergebnisdokumentation.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aktualisiert am 14.05.2013, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- Böhme, Gernot (1974): Zeit und Zahl: Studien zur Zeittheorie bei Platon, Aristoteles, Leibniz und Kant: K. Klostermann (45).
- Bonfiglioli, S. (1997): Che cos'è un cronotopo. In: *Il tempo e la città fra natura e storia: atlante di progetti sui tempi della città, Urbanistica Quaderni* 12, S. 90-92.
- Bonfiglioli, Sandra (2001): „Zeiten der Stadt“ – eine neue akademische Disziplin? In: Ulrich Mückenberger (Hg.): *Bessere Zeiten für die Stadt: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Schriftenreihe der HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Hamburg)*, S. 90-96.
- Brand, Ulrich (2015): Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille? Kolleg Postwachstumsgesellschaften. Jena (Working Paper, 5/2015). Online verfügbar unter http://www.kolleg-postwachstum.de/sozwmmedia/dokumente/WorkingPaper/wp5_2015.pdf.
- Bruckner, Martin; Fischer-Kowalski, Marina (2008): Die Rolle von Arbeitszeit und Einkommen bei Rebound-Effekten in Dematerialisierungs- und Dekarbonisierungsstrategien: eine Literaturstudie. Inst. of Social Ecology, IFF-Fac. of Interdisciplinary Studies, Klagenfurt Univ.
- Brundtland, Gru; Khalid, Mansour; Agnelli, Susanna; Al-Athel, Sali; Chidzero, Bernard; Fadika, Lamina et al. (1987): Our Common Future ('Brundtland report').
- Buhl, Johannes; Acosta, José (2015): Work less, do less? Sustainability Science. In: *Sustain Sci*, S. 1-16. DOI: 10.1007/s11625-015-0322-8.
- Bundeskanzleramt (2012): Dialog über Deutschland – Ergebnisbericht des Expertendialogs der Bundeskanzlerin. Bundeskanzleramt. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/2012-09-27-buergerdialog-expertenbericht-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=4=publicationFile&v=4, zuletzt aktualisiert am 27.09.2012, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- Bundesregierung (2002a): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt geprüft am 10.06.2015.
- Bundesregierung (2002b): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt geprüft am 10.06.2015.
- Bundesregierung (2008a): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland. Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter http://www.freiheit-und-einheit.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2008-11-17-fortschrittsbericht-2008.pdf;jsessionid=A5B5082C6E2EE11A82C6C54F488E1CBF.s3t2?__blob=publicationFile&v=3.
- Bundesregierung (2008b): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland. Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter http://www.freiheit-und-einheit.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2008-11-17-fortschrittsbericht-2008.pdf;jsessionid=A5B5082C6E2EE11A82C6C54F488E1CBF.s3t2?__blob=publicationFile&v=3.
- Bundesregierung (2012a): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012. Berlin. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 10.06.2015.
- Bundesregierung (2012b): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012. Berlin. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 10.06.2015.

- Bundesregierung (2015a): Meilensteine der Nachhaltigkeitspolitik. Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Berlin. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2015/02/2015-02-03-meilensteine-der-nachhaltigkeitspolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 16.03.2015.
- Bundesregierung (2015b): Pressekonferenz zum 6. Zukunftsgespräch der Bundeskanzlerin mit Sozialpartnern. Mitschrift Pressekonferenz. Bundesregierung. Online verfügbar unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/06/2015-06-05-pk-meseberg.html>, zuletzt aktualisiert am 04.06.2015, zuletzt geprüft am 28.07.2015.
- Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Bundestag. Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf>, zuletzt aktualisiert am 03.05.2013, zuletzt geprüft am 20.07.2015.
- Bündnis 90/Die Grünen (2008): Zeitgerecht grün. Bündnis 90/die Grünen. Online verfügbar unter http://www.gruene-bundestag.de/themen/demografischer-wandel/zeitgerecht-gruen_ID_253840.html, zuletzt aktualisiert am 15.10.2008, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- Bündnis 90/Die Grünen (2014): Zeitpolitik: Alles eine Frage der Zeit. Bündnis 90/die Grünen. Online verfügbar unter http://www.gruene-bundestag.de/themen/demografischer-wandel/alles-eine-frage-der-zeit/seite-1-alles-eine-frage-der-zeit_ID_4393273.html, zuletzt aktualisiert am 16.10.2014, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- Bündnis 90/Die Grünen (2015a): Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und soli darisches Leben. Beschluss (vorläufig). Bündnis 90/die Grünen. Online verfügbar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Laenderrat_2015/Beschluss_Zeitpolitik_vorla_ufig.pdf, zuletzt aktualisiert am 15.06.2015, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- Bündnis 90/Die Grünen (2015b): Menschen in den Mittelpunkt. Bündnis 90/die Grünen. Online verfügbar unter <http://www.gruene.de/ueber-uns/menschen-in-den-mittelpunkt.html>, zuletzt aktualisiert am 25.04.2015, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- Bündnis 90/Die Grünen (2015c): Zeit zum Leben. Bündnis 90/die Grünen. Online verfügbar unter <http://www.gruene.de/themen/zeit-zum-leben/zeit-zum-leben.html>, zuletzt aktualisiert am 16.04.2015, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- Bünning, Erwin (1958): Cyclische Prozesse als Prinzip der physiologischen Zeitmessung. In: *Die Physiologische Uhr*: Springer, S. 4-19.
- Carlowitz, Hans Carl von; Rohr, Julius Bernhard von (1732): *Sylvicultura oeconomica*.
- Carvounas, David; Ireland, Craig (2008): Precariousness, the Secured Present and the Sustainability of the Future: Learning from Koselleck and extrapolating from Elias. In: *Time & Society* 17 (2-3), S. 155-178. DOI: 10.1177/0961463X08093420.
- Caspari, Lisa (2015): Mehr Zeit für alle! Jung Überstunden machen, später abbauen? Führungsposition trotz 30-Stunden-Woche? Die Grünen wollen die gehetzte Generation entspannen. Sie planen eine kleine Revolution. In: *Zeit-Online*. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-04/die-gruenen-zeit-vereinbarkeit-familie-beruf>, zuletzt geprüft am 22.07.2015.
- Chapin, F. Stuart; Carpenter, Stephen R.; Kofinas, Gary P.; Folke, Carl; Abel, Nick; Clark, William C. et al. (2010): Ecosystem stewardship: sustainability strategies for a rapidly changing planet. In: *Trends in Ecology & Evolution* 25 (4), S. 241-249.
- Conly, Sarah (2013): Against autonomy: justifying coercive paternalism. In: *Journal of medical ethics*, S. medethics-2013.
- Conseil Régional Nord-Pas de Calais (2011): La prise en compte du temps dans l'aménagement du territoire. à l'échelle régionale de Nord-Pas de Calais. Conseil Régional Nord-Pas de Calais (Etudes prospectives régionales, 16).
- Cornélissen, G.; Halberg, E.; Halberg, Francine; Halberg, J.; Sampson, M.; Hillman, D. et al. (1988): Chronobiology: a frontier in biology and medicine. In: *Chronobiologia* 16 (4), S. 383-408.
- CSU (2013): Weltkindertag 2013: „Chancen für Kinder!“. CSU. Online verfügbar unter <http://www.csu.de/partei/parteiarbeit/kommissionen/familienkommission/familienkommission-aktuell/september-2013/weltkindertag-2013-chancen-fuer-kinder/>, zuletzt aktualisiert am 20.09.2013, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- CSU (2014a): Mehr Zeitsouveränität – Neue Wege für gleiche Chancen von Frauen und Männern. CSU. Online verfügbar unter <http://www.csu.de/partei/parteiarbeit/kommissionen/familienkommission/familienkommission-aktuell/maerz-2014/pressemitteilung-csu-landesgruppe/>, zuletzt aktualisiert am 31.03.2014, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- CSU (2014b): Wunschkatalog Schwesigs geht an der Realität vorbei. Presseerklärung 32-h-Woche. CSU. Online verfügbar unter <http://www.csu.de/partei/parteiarbeit/kommissionen/familienkommission/familienkommission-aktuell/januar-2014/presseerklarung-32-h-woche/>, zuletzt aktualisiert am 14.01.2014, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- Dernbach, Andrea (2013): Frauen wollen Macht, Geld und Zeit. Geschlecht und Beruf. In: *Tagesspiegel*. Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/wissen/geschlecht-und-beruf-frauen-wollen-macht-geld-und-zeit/8437752.html>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.
- Die Zeit (2012): Ministerin Schröder stellt Familienbericht vor. In: *Die Zeit*. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/news/2012-03/14/familien-ministerin-schroeder-stellt-familienbericht-vor-14064207>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.

- Duden (2015): Die häufigsten Wörter in deutschsprachigen Texten. Duden. Online verfügbar unter <http://www.duden.de/sprachwissen/sprachratgeber/die-haeufigsten-woerter-in-deutschsprachigen-texten>.
- Durkheim, Emile (1912): Les formes élémentaires de la vie religieuse. Paris: F. Alcan.
- Elias, Norbert. (1984): Über die Zeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eubel, Cordula (2015): Mehr Freiraum für die Freizeit. Die Grünen wollen Arbeitnehmern größere Flexibilität ermöglichen. Dafür sollen sich Strukturen ändern – auch im Sinne der Gleichberechtigung und mit staatlicher Hilfe. In: *Tagesspiegel*. Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/vorschlag-der-gruenen-mehr-freiraum-fuer-die-freizeit/11193396.html>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.
- Europäische Kommission (2014): Living well, within the limits of our planet. General Union Environment Action Programme to 2020. 7. UAP. Europäische Kommission. Brüssel.
- Europäischer Rat (2006): Renewed EU Sustainable Development Strategy. Brüssel (Council of the European Union, 10917/06). Online verfügbar unter http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/europa_und_umwelt/eu-nachhaltigkeitsstrategie/application/pdf/eu_nachhaltigkeitsstrategie_neu_eng.pdf, zuletzt geprüft am 10.06.2015.
- Europäischer Rat; Europäisches Parlament (2002): Beschluss Nr. 1600/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2002 über das sechste Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft. Europäischer Rat; Europäisches Parlament (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 242/1). Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32002D1600&from=EN>.
- FAZ (2006): Die CSU gibt den Widerstand gegen „Vätermonate“ auf. Koalition spricht am 1. Mai über Elterngeld / Ministerin Leyen legt Familienbericht vor. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2006, 26.04.2006 (97), S. 1.
- FAZ (2015): Grüne für flexible Arbeitszeiten. „Nicht mehr rund um die Uhr zur Verfügung stehen müssen“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2015, 27.04.2015 (97), S. 4.
- FDP (ohne Datum): LAGF - Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Sachsen-Anhalt. FDP. Online verfügbar unter http://www.fdp.de/files/4849/LAGF_-_Landesarbeitsgemeinschaft_der_Familienverb_nde_in_Sachsen-Anhalt.pdf, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- FDP (2013): Wahlprüfsteine des Zukunftsforum Familie e.V. ZFF zur Bundestagswahl 2013. FDP. Online verfügbar unter http://www.fdp.de/files/4849/Zukunftsforum_familie_Antwort.pdf, zuletzt geprüft am 21.07.2015.
- Fisahn, Andreas (2004): Beschleunigung und der Schadensbegriff im Gentechnikrecht: NuR.
- Flasch, Kurt (1993): Was ist Zeit? Augustinus von Hippo: Das XI. Buch der Confessiones: Historisch-Philosophische Studie: Text-Übersetzung-Kommentar. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Frey, Martin; Frerich, Johannes (1993): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland: Bd (3).
- Geissler, Birgit (1998): Alltagszeit und die „Zeiten der Stadt“ – Von Italien lernen. In: Ulrich Mückenberger (Hg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. Bremen: Edition Temmen, S. 35-42.
- Geissler, Birgit (2000): Arbeit – Zeit – Geschlechterverhältnis. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (4), S. 230-235. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/2000/2000-04-a-230.pdf>, zuletzt geprüft am 29.07.2015.
- Geyer, Christian (2012): Beschleunigung ist nicht das Problem. Kritik eines Heilversprechens. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2012, 11.01.2012. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kritik-eines-heilsversprechens-beschleunigung-ist-nicht-das-problem-11600490.html>.
- Giddens, Anthony (1991): Modernity and self-identity: Self and society in the late modern age: Stanford University Press.
- Giersch, Thorsten (2011): „Haben Sie den Dalai Lama schon mal gestresst gesehen?“. Fühlen Sie sich auch, als ob Sie ferngesteuert durch das Berufsleben wandeln? Dann gehören Sie zur Mehrheit der Deutschen. Zeitmanagement-Papst Lothar Seiwert gibt Tipps, wie man die innere Unabhängigkeit zurückgewinnt. In: *Handelsblatt*. Online verfügbar unter <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/beruf-und-buero/buero-special/interview-lothar-seiwert-haben-sie-den-dalai-lama-schon-mal-gestresst-gesehen/5912872.html>, zuletzt geprüft am 22.07.2015.
- Goodin, Robert E.; Rice, James Mahmud; Parpo, Antti; Eriksson, Lina (2008): Discretionary time: A new measure of freedom: Cambridge University Press.
- Habermann, Friederike (2014): Die Freiheit, so zu leben wie wir es wollen. In: Konzeptwerk neue Ökonomie (Hg.): Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben. München: oekom, S. 15-25.
- Hajer, Maarten A. (2003): Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 271-298.
- Han, Byung-Chul (2009): Duft der Zeit: Ein philosophischer Essay zur Kunst des Verweilens: transcript Verlag.

- Han, Byung-Chul (2013): Alles eilt. Wie wir die Zeit erleben. Die neoliberale Politik hat sämtliche Zeitformen zerstört, die der Logik der Effizienz und des Kapitals im Wege stehen. Dies macht krank und zerstört die Seele. Deshalb brauchen wir eine andere Zeit: Die Zeit als Gabe. In: *Die Zeit*. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2013/25/zeit-logik-effizienz-kapital-gabe>, zuletzt geprüft am 22.07.2015.
- Harvey, David (1989): *The condition of postmodernity*: Blackwell Oxford (14).
- Heidbrink, Ludger (1999): An der Zeitmauer. Wie können wir uns die verlorene Zeit wiederaneignen? In: *Die Zeit* (42). Online verfügbar unter http://www.zeit.de/1999/42/199942.s-zeit_.xml, zuletzt geprüft am 02.09.2015.
- Heidegger, Martin (1927): *Sein und Zeit*.
- Heidenreich, Ulrike (2012): Kinderkriegen so unattraktiv wie nie. Sinkende Geburtenzahlen. In: *Süddeutsche Zeitung*. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/sinkende-geburtenzahlen-eltern-werden-so-unattraktiv-wie-nie-1.1552335>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2015): Vorstellung der familienpolitischen Kommission. Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.boell.de/de/2015/05/11/vorstellung-der-familienpolitischen-kommission>, zuletzt aktualisiert am 11.05.2015, zuletzt geprüft am 28.07.2015.
- Heitkötter, Martina; Schneider, Manuel (Hg.) (2007): *Zeitpolitisches Glossar. Grundbegriffe - Felder - Instrumente - Strategien*. Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik. Tutzing: Evangelische Akademie.
- Held, Martin; Geissler, Karlheinz A. (1993): *Ökologie der Zeit: vom Finden der rechten Zeitmaße*: S. Hirzel. Online verfügbar unter http://download.springer.com/static/pdf/967/art%253A10.1007%252FBF02937992.pdf?originUrl=http%3A%2F%2Flink.springer.com%2Farticle%2F10.1007%2FBF02937992&token2=exp=1439467950~acl=%2Fstatic%2Fpdf%2F967%2Fart%25253A10.1007%25252FBF02937992.pdf%3ForiginUrl%3Dhttp%253A%252F%252Flink.springer.com%252Farticle%252F10.1007%252FBF02937992*~hmac=a055114a7a1c9d8979aff48cc290de505117f6725a744a069193b77557e86f65.
- Held, Martin; Geißler, Karlheinz A.; Adam, Barbara (1995): *Von Rhythmen und Eigenzeiten: Perspektiven einer Ökologie der Zeit*: Hirzel.
- Held, Martin; Hofmeister, Sabine; Kümmerer, Klaus; Schmid, Bernhard (2000): Auf dem Weg von der Durchflußökonomie zur nachhaltigen Stoffwirtschaft Ein Vorschlag zur Weiterentwicklung der grundlegenden Regeln. In: *GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society* 9 (4), S. 257-266.
- Held, Martin; Hölker, Franz; Jessel, Beate (2013): *Schutz der Nacht – Lichtverschmutzung, Biodiversität und Nachtlandschaft*. In: *BfN-Skripten, Bd 336*.
- Henckel, Dietrich (2002): Raumzeitpolitik. In: *Raumforschung und Raumordnung* 60 (5), S. 405-408.
- Henckel, Dietrich (2005): Raumzeitstrukturen. In: ARL (Hg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover: ARL, S. 911-919. Online verfügbar unter http://www.arl-net.de/system/files/r_s0831-0996.pdf, zuletzt geprüft am 18.08.2015.
- Henckel, Dietrich (2014): *Raumzeitpolitik: Zeitliche Dimensionen der Verkehrspolitik*.
- Henckel, Dietrich; Eberling, Matthias (Hg.) (2002): *Raumzeitpolitik: Leske+ Budrich*.
- Henry-Huthmacher, Christine (Hg.) (2006): *Politik für Familien: Wege in eine kinderfreundliche Gesellschaft*. Konrad-Adenauer-Stiftung. Freiburg: Herder.
- Henry-Huthmacher, Christine; Hoffmann, Elisabeth (2010): *Wenn Eltern nur das Beste wollen... Ergebnisse einer Expertenrunde der Konrad-Adenauer-Stiftung*. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin. Online verfügbar unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_19412-544-1-30.pdf?100422134105, zuletzt geprüft am 28.07.2015.
- Hildebrandt, Eckart (2000): *Arbeit, Zeit und Lebensführung*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (4), S. 226-230. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/2000/2000-04-a-226.pdf>, zuletzt geprüft am 29.07.2015.
- Hinz, Arnold (2000): *Psychologie der Zeit*: Waxmann Verlag.
- Hofmeister, Sabine (2007): *Raum- und Umweltplanung*. In: Martina Heitkötter und Manuel Schneider (Hg.): *Zeitpolitisches Glossar. Grundbegriffe – Felder – Instrumente – Strategien*. Tutzing: Evangelische Akademie.
- Hofmeister, Sabine; Spitzner, Meike (1999): *Zeitlandschaften*. In: *Perspektiven Öko-sozialer Zeitpolitik*. Stuttgart, Leipzig.
- Hofmeister, Sabine; Spitzner, Meike (2013): *Zeitlandschaften. Perspektiven öko-sozialer Zeitpolitik*. Stuttgart: Hirzel (Edition Universitas). Online verfügbar unter <http://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/5089>.
- Holling, Crawford S. (1973): *Resilience and stability of ecological systems*. In: *Annual review of ecology and systematics*, S. 1-23.
- Holling, Crawford S. (1986): *The resilience of terrestrial ecosystems: local surprise and global change*. In: *Sustainable development of the biosphere*, S. 292-317.
- Honoré, Carl (2004): *In praise of slowness: How a worldwide movement is challenging the cult of speed*: Harper Collins.

- Hüppop, O.; Hill, R.; Jachmann, F.; Hüppop, K. (2009): Auswirkungen auf den Vogelzug – Begleitforschung im Offshore-Bereich auf Forschungsplattformen in der Nordsee „FINOBIRD“. Abschlussbericht, FKZ 0329983. Institut für Vogelforschung „Vogelwarte Helgoland“, Inselstation.
- ISPRA (2015): Progetto „Tempi della Città“. Comune di Bolzano. Gestione Locale per la sostenibilità ambientale. Istituto Superiore per la Protezione e Ricerca Ambientale. Online verfügbar unter <http://www.sinanet.isprambiente.it/gelso/banca-dati/comune/comune-di-bolzano/progetto-tempi-della-citta-comune-di-bolzano>.
- Jurczyk, Karin (2000): Zwischen Selbstbestimmung und Bedrängnis. Zeit im Alltag von Frauen: Springer.
- Jurczyk, Karin (2004): Familie in einer neuen Erwerbswelt – Herausforderungen für eine nachhaltige Familienpolitik. In: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF (Hg.): Zeit für Familie. Beiträge zur Vereinbarkeit von Familien und Erwerbsarbeit aus familienpolitischer Sicht, S. 107.
- Jurczyk, Karin (2011): Kann man Zeitwohlstand messen? Auf der Suche nach Zeitwohlstandsindikatoren als Basis für Politikfähigkeit. DGfZP Jahrestagung 2011. Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik. Berlin, 28.10.2011. Online verfügbar unter <http://www.zeitpolitik.de/pdfs/VortragJurczyk.pdf>.
- Kantermann, Thomas (2014): Challenges to our biological clock in modern everyday life. In: Thomas Völker und Heike Schumacher (Hg.): 8. Symposium Licht und Gesundheit. Eine Sondertagung der TU Berlin gemeinsam mit DAfP und LiTG. 8. Symposium Licht und Gesundheit. Messegelände Berlin, 19. und 20. März 2014. TU Berlin. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin (Schriftenreihe des Fachgebietes Lichttechnik, 3).
- Keller, Reiner (2007): Diskursforschung: Springer.
- Kerstan, Thomas (1997): Einsteins Erben. Die Urbanistik ringt mit Zeit und Raum. In: *Die Zeit* (48). Online verfügbar unter http://www.zeit.de/1997/48/Einsteins_Erben, zuletzt geprüft am 02.09.2015.
- Kilb, Andreas (2006): Zeigt her eure Kinder. Worüber der neue Familienbericht nichts zu sagen weiß. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2006, 28.04.2006 (99), S. 33.
- Kirschenmann, Lena (2014): Argumente für einen neuen Umgang mit Zeit und Wohlstand. In: Konzeptwerk neue Ökonomie (Hg.): Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben. München: oekom, S. 89-103.
- KlimAktiv (2009): Klimawandel: Endlich handeln, aber wie? Online verfügbar unter http://www.klimaktiv.de/article251_8842.html.
- Kloepfer, Inge (2015): Schneller ist besser. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 2015, 03.05.2015, S. 36.
- Klotz, Ulrich (2000): Vom Arbeiterverein zur „Empowerment-Agentur“. Im Strukturwandel müssen Gewerkschaften ihre eigenen Strukturen und Arbeitsweisen ändern / Neue Ökonomie (6). In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2000, 11.09.2000 (211), S. 30.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (2009): „Familie hat in Deutschland Renaissance“. Lichtenberger Gespräch / Prof. Dr. C. Katharina Spieß. Konrad-Adenauer-Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.kas.de/wf/de/33.16984/>, zuletzt aktualisiert am 01.07.2009, zuletzt geprüft am 28.07.2015.
- Konzeptwerk neue Ökonomie (Hg.) (2014): Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben. München: oekom.
- Korte, Jan (2015): Editorial. In: *transform Magazin für das Gute Leben* 1 (1), S. 2-3.
- Kruse, Jörn (2011): Eine Demokratische Reformkonzeption: Mehr Einfluss für die Bürger und mehr Fachkompetenz und Langfristigkeit bei politischen Entscheidungen. Helmut Schmidt Universität. Hamburg (Diskussionspapierreihe, 110).
- Kürschner, Isabelle (2010): Frauen in der Politik. Hanns-Seidel-Stiftung. Online verfügbar unter http://www.hss.de/uploads/tx_dceventsbrowser/AMZ-70_Frauenpolitik.pdf, zuletzt geprüft am 28.07.2015.
- Kurz-Scherf, Ingrid (1994): Brauchen die Gewerkschaften ein neues Leitbild der Erwerbsarbeit? Oder: Brauchen die Frauen eine neue Gewerkschaft? In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (7), S. 436-449. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1994/1994-07-a-436.pdf>, zuletzt geprüft am 29.07.2015.
- Kuschka, Volkmar (2010): Erfahrungen zum Amphibienschutz an Straßen. In: *Naturschutzarbeit in Sachsen* 52, S. 14-31.
- Lang, Klaus (2000): Gewerkschaftspolitik als Zeitpolitik? Thesen zur Diskussion. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (4), S. 208-217. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/2000/2000-04-a-208.pdf>, zuletzt geprüft am 29.07.2015.
- Lawn, Philip A. (2003): A theoretical foundation to support the Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW), Genuine Progress Indicator (GPI), and other related indexes. In: *Ecological Economics* 44 (1), S. 105-118.
- Leggewie, Claus (2011): Mut statt Wut. In: *Aufbruch in eine neue Demokratie. Hamburg: edition Körber Stiftung*.
- Leitschuh-Fecht, Heike (2012): Bewusstseins- und Kulturwende: Das Neue wächst schon im Alten. In: Heike Leitschuh-Fecht und Günter Altner (Hg.): Wende überall? von Vorreitern, Nachzüglern und Sitzenbleibern. Jahrbuch Ökologie 2013. Stuttgart: Hirzel, S. 1-10.
- Mairan, J. J. de (1729): Observation botanique. Paris: Academie Royale des Sciences.

- Marbach, Gotthard Oswald (1834): Universitäten und Hochschulen im auf Intelligenz sich gründenden Staate: eine wissenschaftliche Abhandlung: Hinrichs.
- Mead, George Herbert (1932): *The philosophy of the present*. Chicago, London: Open court Pub. Co.
- Mead, George Herbert (1938): *The philosophy of the act*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Meadows, Donella H.; Meadows, Dennis L.; Randers, Jorgen; Behrens, Williams W. (1972): The limits to growth. In: *New York* 102.
- Means, Alexander (2015): On Accelerationism – Decolonizing Technoscience through Critical Pedagogy. In: *Journal for Activist Science and Technology Education* 6 (1).
- Merkle, Tanja; Wippermann, Carsten; Henry-Huthmacher, Christine; Borchard, Michael (2008): Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Stuttgart: Lucius & Lucius. Online verfügbar unter http://www.kas.de/upload/dokumente/2008/02/080227_henry.pdf.
- Merz, Joachim (2009): Time use and time budgets – Improvements, future challenges and recommendations. Forschungsinstitut für die Zukunft der Arbeit. Bonn (IZA Discussion Paper, 4358). Online verfügbar unter <http://ftp.iza.org/dp4358.pdf>.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (2002): Vom Nutzen der Expertise. In: Alexander Bogner, Beate Littig und Wolfgang Menz (Hg.): *Das Experteninterview*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 257-272.
- Michler, Albrecht F.; Penatzer, Markus (2012): Finanztransaktionssteuer: Zielsetzungen und potenzielle Auswirkungen. In: *ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 85-107.
- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 31 (7), S. 415-434.
- Mückenberger, Ulrich (Hg.) (1998): *Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld*. Bremen: Edition Temmen.
- Mückenberger, Ulrich (2000): Zeitwohlstand in neuen Zeiten. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (4), S. 201-207. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/2000/2000-04-a-201.pdf>, zuletzt geprüft am 29.07.2015.
- Mückenberger, Ulrich (Hg.) (2001): *Bessere Zeiten für die Stadt: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Schriftenreihe der HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Hamburg)*.
- Mückenberger, Ulrich (2004): Was ist eigentlich Zeitpolitik? Online verfügbar unter <http://www.zeitpolitik.de/pdfs/WasistZeitpolitik.pdf>.
- Mückenberger, Ulrich (2012): *Lebensqualität durch Zeitpolitik: Wie Zeitkonflikte gelöst werden können: edition sigma* (142).
- Musall, Bettina; Pötzl, Norbert F. (2010): Nicht die Zeit rennt, sondern wir rennen. Der Wirtschaftspädagoge und Zeitforscher Karlheinz A. Geißler über den Unsinn des Zeitmanagements, den Mehrwert von Pausen und das Ende der Pünktlichkeit. In: *Spiegel Wissen*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelwissen/d-74758420.html>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.
- Nässén, Jonas; Larsson, Jörgen (2015): Would shorter working time reduce greenhouse gas emissions? An analysis of time use and consumption in Swedish households. In: *Environment and Planning C: Government and Policy* 33.
- Nowotny, Helga (1989): *Eigenzeit: Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls*. Frankfurt am Main: Surhkamp.
- O'Leary, Zina (2004): *The essential guide to doing research*: Sage.
- OWG-Open Working Group of the General Assembly on Sustainable Development Goals (2014): *Open Working Group proposal for Sustainable Development Goals*. United Nations. New York. Online verfügbar unter <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1579SDGs%20Proposal.pdf>, zuletzt geprüft am 10.06.2015.
- Paech, Niko (2014): Suffizienz und Subsistenz: Therapievorschläge zur Überwindung der Wachstumsdiktatur. In: *Konzeptwerk neue Ökonomie* (Hg.): *Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben*. München: oekom, S. 41-49.
- Pierson, Paul (2004): *Politics in time: History, institutions, and social analysis*: Princeton University Press. Online verfügbar unter http://people.bu.edu/tboas/pierson_review.pdf.
- Pittendrigh, Colin S. (Hg.) (1960): *Circadian rhythms and the circadian organization of living systems*: Cold Spring Harbor Laboratory Press (25).
- Rasche, Uta (2008): „Fürsorge ermöglichen“. Im Gespräch: Der Soziologe Bertram zur Kindergelderhöhung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2008, 09.06.2008 (132), S. 2.
- Reheis, Fritz (2007): Beschleunigung – Entschleunigung. In: Oliver Schöller, Weert Canzler und Andreas Knie (Hg.): *Handbuch Verkehrspolitik*: Springer, S. 803-825.
- Reheis, Fritz (2009): *Entschleunigung: Abschied vom Turbokapitalismus*: Riemann Verlag.

- Reisch, Lucia; Bietz, Sabine (2014): Zeit für Nachhaltigkeit – Zeiten der Transformation: Elemente einer Zeitpolitik für die gesellschaftliche Transformation zu nachhaltigeren Lebensstilen. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau (Texte, 68/2014). Online verfügbar unter http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_68_2014_zeit_fuer_nachhaltigkeit_0.pdf.
- Reisch, Lucia A. (2002): Ist das Thema Zeitwohlstand theoriefähig? Plädoyer für einen theoriegeleiteten Zeitwohlstandsdiskurs. In: Jürgen Rinderspacher (Hg.): Zeitwohlstand : ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation. Berlin: Ed. Sigma, S. 37-57.
- Rifkin, Jeremy (1988): Uhrwerk Universum: Die Zeit als Grundkonflikt des Menschen: Kindler.
- Rinderspacher, Jürgen (Hg.) (2002): Zeitwohlstand: Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation. Berlin: Ed. Sigma.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1985): Gesellschaft ohne Zeit. In: *Frankfurt: Campus*.
- Rinderspacher, Jürgen P. (2000): Zeitwohlstand in der Moderne. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB Discussion Paper, No. P 00-502). Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/50297/1/311840884.pdf>, zuletzt geprüft am 10.08.2015.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2014): Dokumentation: Zeit zu arbeiten, Zeit zu leben. Renaissance der Debatte um die Arbeitszeit. Eine Tagung von Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und DGB NRW. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.rosalux.de/event/51373/dokumentation-zeit-zu-arbeiten-zeit-zu-leben.html>, zuletzt aktualisiert am 29.11.2014, zuletzt geprüft am 28.07.2015.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2015): Solidarisches Postwachstum – Konzepte sozial-ökologischer Transformation. Veranstaltung. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.rosalux.de/event/53230/solidarisches-postwachstum-konzepte-sozial-oekologischer-transformation.html>, zuletzt aktualisiert am 02.07.2015, zuletzt geprüft am 28.07.2015.
- Rosnick, David; Weisbrot, Mark (2007): Are shorter work hours good for the environment? A comparison of US and European energy consumption. In: *International Journal of Health Services* 37 (3), S. 405-417.
- Scheinost, A. (1995): Entstehen, wachsen und vergehen. Von den Zeitmaßen der Ressource Boden. In: *Zeit-Fraß. Zur Ökologie der Zeit in Landwirtschaft und Ernährung. Politische Ökologie, Sonderheft 8*, S. 35-38.
- Schiemann, Gregor (2015): Lebensweltliche und physikalische Zeit. In: Gerald Hartung (Hg.): Mensch und Zeit: Springer Fachmedien Wiesbaden (Studien zur Interdisziplinären Anthropologie), S. 207-225. Online verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-05380-2_11.
- Schmidt-Warneck, Fedor von (1887): Die Eigentumsfrage der Neuzeit: vom sociologischen Gesichtspunkte: Reval. Online verfügbar unter <https://dspace.utlib.ee/dspace/bitstream/handle/10062/3033/warneck75.pdf?sequence=7>.
- Schneider, Manuel; Geißler, Karlheinz; Held, Martin (Hg.) (1995): Zeit-Fraß. Zur Ökologie der Zeit in Landwirtschaft und Ernährung. München: oekom (politische ökologie, 8).
- Schuler, Katharina (2012): Mehr Kinderzeit für Großeltern. Zeit fehlt Familien mehr als alles andere. Deswegen sollen Großeltern künftig eine berufliche Auszeit für ihre Enkel nehmen dürfen. In: *Zeit-Online*. Online verfügbar unter www.zeit.de/gesellschaft/familie/2012-03/familie-zeit-schroeder, zuletzt geprüft am 22.07.2015.
- Schütz, Alfred (1932): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Wien: Springer.
- Seifert, Hartmut (2014): Renaissance der Arbeitszeitpolitik: selbstbestimmt, variabel und differenziert. Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11054.pdf>, zuletzt aktualisiert am November 2014, zuletzt geprüft am 29.07.2015.
- Sichtermann, Barbara (2014): Warum die Deutschen keine Kinder bekommen. Reinhold Beckmann. In: *Tagesspiegel*. Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/medien/reinhold-beckmann-warum-die-deutschen-keine-kinder-bekommen/9804002.html>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.
- Silverman, David (2010): Qualitative research: Sage.
- Sloterdijk, Peter (2011): Das drohende Zu-spät. Über Hermann Scheer, der die epochale Idee verkörperte, eine Energiewende sei sofort möglich. In: *Die Zeit* (02). Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2011/02/L-SM-Scheer>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.
- Slowfood Deutschland (2015): Wir über uns. Unsere Philosophie. Slowfood Deutschland. Berlin. Online verfügbar unter https://www.slowfood.de/wirueberuns/unsere_philosophie/.
- Sorokin, Pitirim A.; Merton, Robert K. (1937): Social time: A methodological and functional analysis. In: *American Journal of Sociology*, S. 615-629.
- Spangenberg, Joachim H. (2003): Nachhaltiger Konsum-Genuß ohne Reue. In: Jürgen Rinderspacher (Hg.): Zeit für alles – Zeit für nichts. Bochum: SWI.

SPD (1998): Wahlprogramm Bundesparteitag Leipzig 1998. SPD. Online verfügbar unter https://www.spd.de/scalableImageBlob/1864/data/wahlprogramm_bundesparteitag_leipzig_1998-data.pdf, zuletzt aktualisiert am 22.09.2010, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

SPD (2002): Beschlussbuch Bundesparteitag Berlin 2002. SPD. Online verfügbar unter https://www.spd.de/scalableImageBlob/1838/data/beschlussbuch_bundesparteitag_berlin_2002-data.pdf, zuletzt aktualisiert am 22.09.2010, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

SPD (2003): Bundesparteitag 2003 Bochum Protokoll. SPD. Online verfügbar unter https://www.spd.de/scalableImageBlob/86550/data/2003_bpt_bochum_protokoll-data.pdf, zuletzt aktualisiert am 04.02.2013, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

SPD (2007): Hamburger Programm. SPD. Online verfügbar unter https://www.spd.de/scalableImageBlob/1778/data/hamburger_programm-data.pdf, zuletzt aktualisiert am 22.09.2010, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

SPD (2011a): Gleichstellung jetzt! Geschlechtergerechtigkeit - Partnerschaftlichkeit – Fortschritt. Ordentlicher SPD - Parteitag Berlin vom 4.-6. Dezember 2011. SPD. Online verfügbar unter https://www.spd.de/scalableImageBlob/21816/data/45_beschluss_gleichstellung-data.pdf, zuletzt aktualisiert am 05.12.2011, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

SPD (2011b): Schwesig: Es ist Zeit für Familie. Familien brauchen Zeit. SPD. Online verfügbar unter https://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/18610/20111028_schwesig_zu_familienbericht.html, zuletzt aktualisiert am 28.10.2011, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

SPD (2013): Die SPD weiblicher machen. Ordentlicher Bundesparteitag in Leipzig vom 14. – 16. November 2013 / Beschluss - Nr. 20. SPD. Online verfügbar unter https://www.spd.de/scalableImageBlob/112372/data/20131116_beschluss_b20-data.pdf, zuletzt aktualisiert am 16.11.2013, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

Spiegel Online (2015): Bundestag: Lammert fordert fünfjährige Legislaturperiode 2015, 03.08.2015. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-lammert-fordert-fuenfjaehrige-wahlperiode-a-1046435.html>.

Spiegel-Online (2000): Die Peter-Glotz-Kolumne: Zurück zur Langsamkeit. In: *Spiegel-Online*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/die-peter-glotz-kolumne-zurueck-zur-langsamkeit-a-71630.html>, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

Statistisches Bundesamt (2015): Zeitverwendungserhebung 2012/2013. Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/Zeitverwendung5639102139004.pdf?__blob=publicationFile.

Stigson, Björn; Babu, Suresh P.; Bordewijk, Jeroen; Haavisto, Pekka; Morgan, Jennifer; Moosa, Valli et al. (2013): Sustainability – Made in Germany. The second Review by a Group of International Peers, commissioned by the German Federal Chancellery. Rat für Nachhaltige Entwicklung. Berlin (RNE Texte, 44). Online verfügbar unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/20130925_Peer_Review_Sustainability_Germany_2013.pdf.

Stigson, Björn; Babu, Suresh P.; Bordewijk, Jeroen; O'Donnell, Pamela; Haavisto, Pekka; Morgan, Jennifer; Osborn, Derek (2009): Peer Review on Sustainable Development Policies in Germany. Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik. Rat für Nachhaltige Entwicklung. Geneva, Kuala Lumpur, Amsterdam, Helsinki, Washington, Ottawa, London. Online verfügbar unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE_Peer_Review_Report_November_2009_03.pdf, zuletzt geprüft am 16.03.2015.

Süddeutsche Zeitung (2011a): Wenige konkrete Forderungen. Familienbericht 2011. In: *Süddeutsche Zeitung*. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/karriere/familienbericht-hilfe-in-der-rush-hour-des-lebens-1.1176322-2>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.

Süddeutsche Zeitung (2011b): Stille Nacht für VW-Mitarbeiter. In: *Süddeutsche Zeitung* 2011, 23.12.2011. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/karriere/blackberry-e-mails-nach-feierabend-blockiert-stille-nacht-fuer-vw-mitarbeiter-1.1242722>.

Süddeutsche Zeitung (2012): Schröder will Großelternzeit einführen. In: *Süddeutsche Zeitung*. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/kinderbetreuung-schroeder-will-grosselternzeit-einfuehren-1.1308497>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.

Süddeutsche Zeitung (2014): Grünen-Kritik an Koalitionsplänen für Frauenquote ab 2016. In: *Süddeutsche Zeitung*. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/news/wirtschaft/unternehmen-gruenen-kritik-an-koalitionsplaenen-fuer-frauenquote-ab-2016-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140623-99-00945>, zuletzt geprüft am 02.09.2015.

Tabboni, Simonetta (2001): The Idea of Social Time in Norbert Elias. In: *Time & Society* 10 (1), S. 5-27. DOI: 10.1177/0961463X01010001001.

Thaler, Richard H.; Sunstein, Cass R. (2009): *Nudge: Wie man kluge Entscheidungen anstößt*: Ullstein eBooks.

Tietz, Janko (2007): Leipziger Gewerkschaftstag: IG Metall wagt den Kulturbruch. In: *Spiegel-Online*. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/leipziger-gewerkschaftstag-ig-metall-wagt-den-kulturbruch-a-516286.html>, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

Tremmel, Jörg (2005): Verankerung von Generationengerechtigkeit in der Verfassung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (8), S. 18-28.

UN-United Nations (2012): The Future We Want. Outcome Document of the Rio+20 UN Conference on Sustainable Development. United Nations. Rio de Janeiro. Online verfügbar unter http://www.un.org/disabilities/documents/rio20_outcome_document_complete.pdf, zuletzt geprüft am 10.06.2015.

UNSG (2014): The road to dignity by 2030: ending poverty, transforming all lives and protecting the planet. Synthesis report of the Secretary-General on the post-2015 sustainable development agenda. United Nations General Assembly. New York (Sixty-ninth session, A/69/700). Online verfügbar unter <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N14/670/01/PDF/N1467001.pdf?OpenElement>, zuletzt geprüft am 10.06.2015.

ver.di Hessen; Friedrich-Ebert-Stiftung (2009): Ändern sich die Zeiten. Auf dem Weg in die 24 Stunden-Gesellschaft. Friedrich-Ebert-Stiftung. Frankfurt am Main. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/hessen/06974.pdf>, zuletzt geprüft am 29.07.2015.

Vierordt, Carl (1868): Der Zeitsinn nach Versuchen. Tübingen: Laupp.

VÖW (2015): 5. VÖW Sommerakademie – Zeitwerkstatt zur sozial-ökologischen Dimension von Zeitwohlstand. Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung. Online verfügbar unter <http://www.voew.de/sommerakademie>.

Wagner, Dieter (1995): Arbeitszeitmodelle: Flexibilisierung und Individualisierung: Verlag für Angewandte Psychologie.

WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hg. v. WBGU. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Berlin (Hauptgutachten). Online verfügbar unter http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf, zuletzt geprüft am 16.03.2015.

Werner, Kathrin (2013): Schöne, schnelle Welt. Beschleunigung. In: *Süddeutsche Zeitung* 2013, 24.12.2013. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/beschleunigung-schoene-schnelle-welt-1.1850696>.

Wilkinson, Bruce H. (2005): Humans as geologic agents: A deep-time perspective. In: *Geology* 33 (3), S. 161-164.

Zieschank, Roland; Diefenbacher, Hans (2012): Der ‚Nationale Wohlfahrtsindex‘ als Beitrag zur Diskussion um eine nachhaltigere Ökonomie. In: *Ökonomie der Nachhaltigkeit. Grundlagen, Indikatoren, Strategien*. Marburg: Metropolis Verlag, S. 41-66.